



# Die Situation der Roma in elf EU-Mitgliedstaaten

Umfrageergebnisse auf einen Blick





Mit finanzieller  
Unterstützung der



Dieses Dokument wurde für die Europäische Kommission erstellt. Es gibt jedoch lediglich die Meinung der Autoren wieder, und die Kommission kann nicht für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen verantwortlich gemacht werden.

Der vorliegende Bericht bezieht sich auf die Ergebnisse der regionalen Umfrage des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (*United Nations Development Programme*, UNDP) der Weltbank und der Europäischen Kommission zur Situation der Roma 2011. Der Bericht wurde von der FRA und vom UNDP verfasst und gibt nicht zwangsläufig die Ansichten der Weltbank wieder.

***Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre Fragen  
zur Europäischen Union zu finden***

**Gebührenfreie Telefonnummer (\*):  
00 800 6 7 8 9 10 11**

(\*): Einige Mobilfunkanbieter gewähren keinen Zugang zu 00 800-Nummern oder berechnen eine Gebühr.

Zahlreiche Informationen zur Europäischen Union finden Sie im Internet (<http://europa.eu>).

Umschlagfotos: © OSZE – Dan Doghi, Hasan Sopa, Milan Obradovic, Margarita Karanfilovska, Mirvete Islam  
© Kalle Koponen, 2011  
© Kinsey  
© Weltbank/Scott Wallace

Katalogisierungsdaten befinden sich am Ende dieser Publikation.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2013

ISBN 978-92-95095-46-4 (UNDP)

ISBN 978-92-9192-930-6 (FRA)

doi: 10.2811/75504

*Printed in Luxembourg*

GEDRUCKT AUF FSC-ZERTIFIZIERTEM PAPIER





# Die Situation der Roma in elf EU-Mitgliedstaaten

## Umfrageergebnisse auf einen Blick



## Geleitwort

Die Roma – mit 10 bis 12 Millionen Menschen die größte Minderheit in Europa – werden immer wieder Opfer von Rassismus, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung. Jede oder jeder dritte der für diesen Bericht befragten Roma ist arbeitslos, 20 % haben keine Krankenversicherung und 90 % leben unterhalb der Armutsgrenze. Viele Roma sind tagtäglich mit Vorurteilen, Intoleranz, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung konfrontiert. Sie leben meist unter äußerst schwierigen sozioökonomischen Bedingungen am Rande der Gesellschaft. Dies gefährdet den sozialen Zusammenhalt und eine nachhaltige menschliche Entwicklung, wirkt sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit aus und erzeugt Kosten für die Gesellschaft als Ganzes. Darüber hinaus ist diese Form der Diskriminierung unvereinbar mit den Werten, die das Fundament der EU bilden.

Die europäischen Institutionen und die EU-Länder müssen zusammenarbeiten, um die soziale Inklusion und Integration der Roma zu verbessern, indem sie alle auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene zur Verfügung stehenden Instrumente und Strategien in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich einsetzen. Leider wurden bisher noch keine wirkungsvollen und angemessenen Maßnahmen ergriffen, um die tief verwurzelten Probleme anzugehen, mit denen ein großer Teil der Roma-Bevölkerung in der EU zu kämpfen hat. Daher hat die Europäische Kommission am 5. April 2011 einen EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 angenommen. Der Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz, EPSCO) befürwortete den Rahmen am 19. Mai 2011 einhellig. Der Europäische Rat vom 24. und 25. Juni 2011 billigte die Strategie ebenfalls und verpflichtete die Mitgliedstaaten, durch Ausarbeitung und Umsetzung ihrer nationalen Strategien zur Integration der Roma den Weg für einen besseren sozialen Zusammenhalt in Europa zu bereiten. Der Rat wies auch darauf hin, dass der Schutz der Grundrechte, insbesondere durch die Bekämpfung von Diskriminierung und Segregation, von wesentlicher Bedeutung für die Verbesserung der Situation der Roma sei. Die Roma-Pilotprojekte im Rahmen der Kohäsionspolitik verbessern die Bildungssituation junger gefährdeter Roma, erleichtern den Zugang zu Finanzmitteln für selbstständig erwerbstätige Roma, und fördern die Sensibilisierung der Roma-Gemeinschaft.

Die Entwicklung von angemessenen und wirksamen Maßnahmen zur sozialen und wirtschaftlichen Inklusion setzt genaue und aktuelle Informationen voraus. Die vorliegende Untersuchung, die gemeinsam von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, der Weltbank und der Europäischen Kommission durchgeführt wurde, ist von höchster Bedeutung: Sie liefert den politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern eine Momentaufnahme der Situation gefährdeter Roma und stellt den Mitgliedstaaten die Informationen zur Verfügung, die sie für die Konzeption von Maßnahmen vor Ort benötigen.

Niemand sollte daran zweifeln, dass wir unser Vorhaben auch in die Tat umsetzen wollen. Wir sind uns der gewaltigen Herausforderungen bewusst, mit denen die Roma-Gemeinschaften konfrontiert sind. Alle EU-Länder haben inzwischen Pläne für die Bekämpfung von Diskriminierung und Ausgrenzung in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wohnraum und Gesundheit vorgelegt. Nun geht es darum, konkrete Ergebnisse, quantifizierte Zielvorgaben und klare, ehrgeizige Fristen für die Umsetzung der Maßnahmen festzulegen. Die Erkenntnisse in diesem Bericht sind ernüchternd. Sie sollten daher die Mitgliedstaaten, die Einrichtungen und Organe der EU, die internationalen Organisationen und die Zivilgesellschaft dazu veranlassen, die Integration der Roma Realität werden zu lassen.

### **Viviane Reding**

*Vizepräsidentin der Europäischen Kommission  
Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft*

### **Johannes Hahn**

*Für Regionalpolitik zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission*

### **László Andor**

*Für Beschäftigung, Soziales und Integration zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission*



## Vorwort

Seit einigen Jahren liefern Berichte von internationalen und von EU-Organisationen alarmierende Erkenntnisse über die Lebensbedingungen und die Verletzung der Grundrechte der Roma – einer der größten ethnischen Minderheiten in Europa. Der Bericht „Die Abhängigkeitsfalle vermeiden“ (*Avoiding the dependency trap*) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) lieferte 2003 zum ersten Mal belastbare statistische Daten, die belegen, dass eine erhebliche Zahl von Roma in der EU mit gravierenden Problemen durch Analphabetismus, Säuglingssterblichkeit und Mangelernährung konfrontiert ist. Im Jahr 2009 lieferte der von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) vorgelegte Bericht *Die Roma* aus der Reihe „Daten kurz gefasst“ statistische Daten, die zeigen, dass ein beträchtlicher Teil der Roma ihren eigenen Angaben nach einem hohen Diskriminierungsniveau ausgesetzt ist. Diese Erkenntnisse werfen die Fragen auf, wie es um den Grundrechtsschutz steht und welche tatsächlichen Wirkungen die sozialpolitischen Maßnahmen zur Unterstützung der Roma in den Bereichen Beschäftigung, Wohnraum, Gesundheitsfürsorge, soziale Dienstleistungen und Bildung zeigen.

Die gewonnenen Daten und Fakten belegen, dass die Art der Probleme, mit denen viele Roma in der EU konfrontiert sind, politische Maßnahmen erfordert, deren Ausgangspunkt die Rechte der Roma sind – Entwicklungsbemühungen müssen an diesem Punkt ansetzen. Solche politischen Maßnahmen müssen sozioökonomische Barrieren beseitigen und sicherstellen, dass die Grundrechte der Roma geachtet werden.

Vor diesem Hintergrund bemühte sich das Europäische Parlament verstärkt, eine EU-Strategie für die Roma zu entwickeln, um ihre Integration in der EU voranzutreiben. Die Europäische Kommission führte diese Dynamik fort und setzte im September 2010 eine interne *Roma-Taskforce* unter Beteiligung der FRA ein, um die Arbeit zu Fragen der Roma-Integration zu koordinieren. Am 5. April 2011 veröffentlichte die Kommission die richtungsweisende Mitteilung *EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020*, die Maßnahmen gegen Armut und Ausgrenzung mit dem Schutz und der Förderung der Grundrechte verknüpft. In seinen Schlussfolgerungen vom 19. Mai 2011 bestätigte und stärkte der Rat der Europäischen Union diesen Ansatz, indem er deutlich darauf hinwies, dass „unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte bei der Konzeption von Strategien zur Einbeziehung der Roma [...] hauptsächlich sozioökonomische und gegebenenfalls auch territoriale Aspekte zugrunde gelegt werden sollten“.

Die FRA, das UNDP und die Weltbank koordinierten parallel dazu im Jahr 2011 ihre Tätigkeiten und trugen durch die Bereitstellung von Daten, Analysen und faktengestützter Beratung zu diesem Prozess bei. Die drei Organisationen brachten ihr Fachwissen zusammen, um Befragungen in elf EU-Mitgliedstaaten sowie benachbarten europäischen Ländern durchzuführen – ein einmaliges Beispiel für eine internationale, organisationenübergreifende Zusammenarbeit. Die Organisationen finanzierten dies teils durch die Generaldirektion (GD) Regionalpolitik der Europäischen Kommission und teils aus eigenen sowie Drittmitteln. Die in ihren Kernelementen identischen Umfragen erbrachten zuverlässige und vergleichbare Daten über den sozioökonomischen Status der Roma sowie Angaben darüber, inwieweit sie ihre Rechte in der Praxis wahrnehmen können.

Die Ergebnisse sind in vielerlei Hinsicht schockierend. Obwohl den Regierungen und Gesellschaften die Ausgrenzung und Entbehren der Roma bekannt sind, so sind das Ausmaß und die Ähnlichkeit der Ausgrenzungsmuster in den EU-Mitgliedstaaten eklatant. Sie lassen keinen Zweifel, dass rasche und wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Situation nötig sind. Die neuerlichen Bemühungen um die Integration der Roma werden jedoch nur dann nachhaltige Ergebnisse erzielen, wenn lokale Gemeinschaften – Roma und Nicht-Roma – beim Aufbau von Vertrauen und sozialem Zusammenhalt und bei der Bekämpfung von Vorurteilen und Diskriminierung eingebunden werden.

Die eigentliche Herausforderung liegt noch vor uns: dafür Sorge zu tragen, dass die Umsetzung der Integrationsstrategien für die Roma greifbare und messbare Ergebnisse „vor Ort“ hervorbringt und die für Europa 2020 gesetzten Ziele erreicht werden können. Zu diesem Zweck werden die FRA, das UNDP und die Weltbank sich ihrem jeweiligen Auftrag entsprechend weiter engagieren, um die Bemühungen der EU-Institutionen und EU-Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Situation der Roma zu unterstützen.

**Morten Kjaerum**  
Direktor der FRA



# Inhalt

HINTERGRUND .....	8
DIE ANSTRENGUNGEN ZUR INTEGRATION DER ROMA IN DER EU VERSTÄRKEN.....	9
DIE UMFRAGEN IM ÜBERBLICK.....	10
DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE .....	12
BILDUNG .....	12
BESCHÄFTIGUNG.....	16
GESUNDHEIT .....	21
WOHNRAUM.....	22
ARMUT .....	25
DISKRIMINIERUNG UND KENNTNIS DER EIGENEN RECHTE .....	27
WELCHEN NUTZEN KÖNNEN POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSTRÄGER AUS DEN ERGEBNISSEN DER UMFRAGEN ZIEHEN? .....	28
METHODIK .....	29

## Hintergrund

Der UNDP-Bericht „Die Abhängigkeitsfalle vermeiden“<sup>1</sup> aus dem Jahr 2003 lieferte zum ersten Mal zuverlässige statistische Daten, die belegen, dass eine erhebliche Zahl von Roma in der EU mit gravierenden Problemen durch Analphabetismus, Säuglingssterblichkeit und Mangelernährung konfrontiert ist. Der Bericht befürwortet einen integrierten Ansatz in Bezug auf die menschliche Entwicklung, der die Eröffnung von Entwicklungschancen mit der Durchsetzung der Menschenrechte verknüpft. Zudem schlägt der Bericht vor, das Menschenrechtsparadigma durch ein Paradigma zu ergänzen, das besondere Aufmerksamkeit auf die Entwicklungschancen der Roma richtet. Im Jahr 2004 führte das UNDP eine weitere Erhebung über die Lage der Roma und der in ihrer Nachbarschaft lebenden Allgemeinbevölkerung in Mittel- und Südosteuropa durch. Im Februar 2005 unterzeichneten acht europäische Länder (inzwischen zwölf – darunter auch EU-Mitgliedstaaten),<sup>2</sup> in denen bedeutende Roma-Minderheiten leben, die „Erklärung zum Jahrzehnt der Integration der Roma 2005–2015“ (*Declaration of the Decade of Roma Inclusion 2005–2015*).<sup>3</sup> Sie enthält die politische Verpflichtung, den sozioökonomischen Status und die soziale Inklusion der Roma unter Mitwirkung von Regierungen, zwischenstaatlichen und Nichtregierungsorganisationen sowie der Roma-Zivilgesellschaft zu verbessern. Die vom UNDP ermittelte Art von Daten zum Status der befragten Haushalte und Einzelpersonen wurde als Basis herangezogen, um die Fortschritte zu messen. Dies war ein wesentlicher Schritt hin zu ergebnisorientierten, verantwortungsvollen Strategien und Maßnahmen, deren Wirksamkeit überwacht werden kann.

Wie die Arbeit des UNDP verdeutlichte, erfordert die Art der Probleme vieler Roma in der EU Entwicklungsmaßnahmen, die konsequent jene auf Rechten basierenden Ansätze ergänzen, die seit den neunziger Jahren das Inklusionsparadigma für die Roma bestimmen. Der Weltbank-Bericht „Die Roma in einem erweiterten Europa: den Armutskreislauf durchbrechen“ (*Roma in an expanding Europe: Breaking the poverty cycle*)<sup>4</sup> aus dem Jahr 2005 untermauert diese Argumentation: Die Förderung von Inklusionsstrategien ergänze die auf Rechten basierenden Ansätze, da sie sowohl die wirtschaftlichen als auch die sozialen Barrieren angehen würde, mit denen die Roma konfrontiert sind.

Die FRA nahm ihre Arbeit zu den Roma im Jahr 2003 auf (damals noch im institutionellen Rahmen ihrer Vorgängerorganisation, der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, EUMC) und veröffentlichte gemeinsam mit dem Europarat

einen Bericht<sup>5</sup> über den Zugang von Roma-Frauen zum Gesundheitswesen. Ein Bericht über Roma und Traveller im öffentlichen Bildungswesen<sup>6</sup> folgte 2006. Ende 2009 publizierte die FRA zudem zwei weitere Berichte, die sich mit den Wohnverhältnissen von Roma und Travellern<sup>7</sup> sowie mit der Situation von Roma befassten, die Staatsbürger<sup>8</sup> eines EU-Landes sind und sich in einem anderen EU-Mitgliedstaat niederlassen möchten.<sup>9</sup>

Die bisher wichtigste Veröffentlichung der FRA zu den Roma ist der Bericht *Die Roma* aus der Reihe „Daten kurz gefasst“.<sup>10</sup> Dieser Bericht basiert auf den Erkenntnissen der Erhebung der Europäischen Union zu Minderheiten und Diskriminierung (EU-MIDIS), die die erste ihrer Art war und EU-weit Vergleichsdaten zu den Erfahrungen verschiedener ethnischer Minderheiten und Zuwanderergruppen mit Diskriminierung und ethnischer Viktimisierung im Alltag sowie zu ihren Rechten bereitstellte. Im Rahmen der Umfrage wurden 23 500 Personen aus den 27 EU-Mitgliedstaaten befragt, die mittels eines Zufallsstichprobenverfahrens ausgewählt wurden – darunter 3 500 Roma in sieben EU-Mitgliedstaaten. Zu Vergleichszwecken wurden weitere 5 000 Personen aus der Mehrheitsbevölkerung in zehn EU-Mitgliedstaaten befragt. Der erste Bericht der Reihe „Daten kurz gefasst“, der auf der Grundlage dieser Erhebung erstellt wurde, präsentierte die Untersuchungsergebnisse zu den befragten Roma. Aus der Erhebung ging hervor, dass das Niveau an wahrgenommener Diskriminierung unter den Roma – verglichen mit anderen Gruppen wie Nordafrikanern oder Afrikanern aus Ländern südlich der Sahara – insgesamt am höchsten war. Die EU-MIDIS-Erhebung warf Fragen zum Schutz der Grundrechte sowie den tatsächlichen Auswirkungen der auf die Roma ausgerichteten sozialpolitischen Maßnahmen in Bereichen wie Beschäftigung, Wohnraum, medizinische Versorgung, soziale Dienstleistungen und Bildung auf.

Im März 2009 nahm das Europäische Parlament eine Entschließung zur sozialen Lage der Roma und zur Verbesserung ihres Zugangs zum Arbeitsmarkt an.<sup>11</sup> Die Entschließung forderte ein koordiniertes Vorgehen zur Verbesserung der komplexen Arbeits- und Lebensbedingungen der Roma und nannte dabei drei

1 Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, UNDP (2003), *Avoiding the dependency trap*, Bratislava, UNDP.

2 Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Rumänien, Serbien, Slowakei, Spanien, Tschechische Republik und Ungarn.

3 Weitere Informationen abrufbar unter: [www.romadecade.org](http://www.romadecade.org).

4 Weltbank, Ringold, D., Orenstein, M.A. und Wilkens, E. (2005), *Roma in an expanding Europe: Breaking the poverty cycle*, Washington D.C., Weltbank.

5 EUMC (2003), *Barrieren überwinden – Roma-Frauen und deren Zugang zum öffentlichen Gesundheitswesen*, Wien, EUMC.

6 EUMC (2006), *Roma and Travellers in public education*, Wien, EUMC.

7 FRA (2009), *Wohnverhältnisse von Roma und Travellern in der Europäischen Union*, Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union (im Folgenden: Amt für Veröffentlichungen).

8 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird in diesem Bericht auf die durchgehende Nennung der männlichen und weiblichen Form verzichtet. Es sind selbstverständlich immer beide Geschlechter gemeint.

9 FRA (2009), *Die Situation von Roma-EU-Bürgern, die sich in anderen EU-Mitgliedstaaten niederlassen*, Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen.

10 FRA (2009), *Bericht der Reihe „Daten kurz gefasst“ 1 – Die Roma*, Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen.

11 Europäisches Parlament (2009), Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. März 2009 zu der sozialen Lage der Roma und der Verbesserung ihres Zugangs zum Arbeitsmarkt, ABl. C 87E, 1. April 2010.

Ziele: „Verbesserung der wirtschaftlichen Möglichkeiten für die Roma, Entwicklung von Humankapital und Verstärkung des Sozialkapitals und der gemeinschaftlichen Entwicklung.“ Das Europäische Parlament nannte in diesem Zusammenhang auch den Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung und Berufsbildung; es vertrat die Auffassung, dass die Mobilität ungelernter und unqualifizierter Arbeitskräfte die Diskriminierung verschärfe und hob in diesem Zusammenhang auch den Gender-Aspekt hervor. Die Entschließung forderte die Europäische Kommission auf, bessere Analysen vorzulegen, die Zusammenarbeit mit allen Interessenvertretern einschließlich der internationalen Organisationen zu verstärken und mehr Mittel für die Inklusion der Roma bereitzustellen.

Das Europäische Parlament selbst bewilligte der Europäischen Kommission 5 Millionen Euro für ein Pilotprojekt zur „Europaweiten Koordinierung der Verfahren zur Eingliederung der Roma“.<sup>12</sup> Das Pilotprojekt umfasste vier Themenbereiche: frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung; Kleinstkredite und Selbstständigkeit; Information und Sensibilisierung sowie Instrumente und Methoden zur Evaluierung und Datenerhebung als Grundlage für die Gestaltung einer faktengestützten Politik. Bei der Umsetzung des Projekts wurde deutlich, dass präzisere Daten zur Lage der Roma benötigt wurden.

Die GD Regionalpolitik der Europäischen Kommission stellte daher zusätzlich 1 Million Euro aus Mitteln für technische Unterstützung für eine Umfrage unter ausgegrenzten Roma zur Verfügung, die mithilfe des fachlichen Know-hows des UNDP und der Weltbank durchgeführt werden sollte. Da die FRA eine ähnliche Umfrage in verschiedenen Ländern vorbereitete, vereinbarten die vier Einrichtungen, die Umfragen zusammenzuführen und eng miteinander zu kooperieren.

## Die Anstrengungen zur Integration der Roma in der EU verstärken

Die Berichte des UNDP, der Weltbank und der FRA lieferten neue zuverlässige und wertvolle Fakten über die sozioökonomische Lage und die Menschenrechtssituation der Roma. Diese Fakten bildeten eine der Grundlagen für die Arbeit der *Roma-Taskforce* (RTF) der Europäischen Kommission, die im September 2010 eingesetzt wurde und an der auch die FRA beteiligt ist. Die Europäische Kommission setzte diese interne *Taskforce* im Anschluss an ihre Mitteilung über die Roma vom 7. April 2010 ein,<sup>13</sup> die kurz vor dem zweiten Roma-Gipfel in Cordoba angenommen wurde. Die Mitteilung hob die Komplexität und Interdependenz der Probleme hervor, mit denen

die Roma konfrontiert sind, wie Diskriminierung, Armut, geringes Bildungsniveau, Hindernisse auf dem Arbeitsmarkt, Segregation beim Wohnraum und schlechter Gesundheitszustand. Die erste Aufgabe der RTF bestand darin zu prüfen, wie die EU-Mittel für die Integration der Roma genutzt werden, und Möglichkeiten zu ermitteln, um deren Effizienz zu steigern.<sup>14</sup> Im Dezember 2010 gab die RTF ihre ersten Ergebnisse bekannt<sup>15</sup> und wies darauf hin, dass die EU-Mitgliedstaaten die EU-Mittel für eine wirksame soziale und wirtschaftliche Integration der Roma bisher nicht sinnvoll eingesetzt hatten. Die RTF stellte Schwächen bei der Entwicklung geeigneter Strategien sowie bei den speziellen Maßnahmen fest, mit denen die Probleme der Roma angegangen wurden. Dies beinhaltete auch Schwierigkeiten bei der Umsetzung auf nationaler Ebene, die auf mangelndes Know-how und fehlende Verwaltungskapazitäten für den Einsatz der EU-Mittel zurückzuführen sind. Problematisch waren laut dem RTF-Bericht auch die Bereitstellung nationaler Ko-Finanzierungsmittel sowie die fehlende Einbindung der Zivilgesellschaft und der Roma-Gemeinschaften selbst.

Um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, veröffentlichte die Europäische Kommission am 5. April 2011 eine Mitteilung zu einem EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020. Darin ersuchte sie die EU-Mitgliedstaaten, bis Ende 2011 nationale Strategien zur Integration der Roma vorzulegen, die „auf die EU-Ziele zur Integration der Roma [abgestimmt sind und] gezielte Maßnahmen [...] mit ausreichenden finanziellen Mitteln“ beinhalten sowie außerdem einen „soliden Monitoringmechanismus“ vorsehen, „um so für die Roma konkrete Ergebnisse sicherzustellen“.<sup>16</sup>

Auf seiner außerordentlichen Tagung zur Integration der Roma am 19. Mai 2011 begrüßte der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (EPSCO)<sup>17</sup> die Mitteilung der Kommission. Am 24. Juni 2011 billigte der Europäische Rat<sup>18</sup> den EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma unter Hervorhebung seiner besonderen Bedeutung und rief dazu auf, „die Schlussfolgerungen des Rates vom 19. Mai 2011 [...] rasch umzusetzen“.

Die Integration der Roma ist damit ausdrücklicher Bestandteil des Rahmens für die Wachstumsstrategie „Europa 2020“. Das politische Engagement der EU-Mitgliedstaaten für die Verbesserung der Lage der Roma ist so groß wie nie zuvor.

<sup>12</sup> Weitere Informationen verfügbar unter: [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/activity/roma/pilot\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/activity/roma/pilot_en.cfm).

<sup>13</sup> Europäische Kommission (2010), *Die soziale und wirtschaftliche Integration der Roma in Europa*, KOM(2010) 133 endgültig, Brüssel.

<sup>14</sup> Für nähere Informationen, siehe Presseerklärung der Europäischen Kommission: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1097>.

<sup>15</sup> Für nähere Informationen, siehe Presseerklärung der Europäischen Kommission: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/701&type=HTML>.

<sup>16</sup> Europäische Kommission (2011), *EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020*, KOM(2011) 173 endgültig, Brüssel.

<sup>17</sup> Rat der Europäischen Union, Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (2011), *Mitteilung an die Presse, 3089. Tagung des Rates*, Presseerklärung, 19. Mai 2011, Brüssel.

<sup>18</sup> Europäischer Rat (2011), *Schlussfolgerungen*, 23./24. Juni 2011, Brüssel.

Eine kritische Masse an Akteuren, darunter auch wichtige zivilgesellschaftliche Organisationen, zeigt höchsten Einsatz, und diese konzertierten Bemühungen sollten greifbare Ergebnisse bringen.

Die auf dem EU-Rahmen aufbauenden nationalen Strategien zur Integration der Roma sollten spezielle Maßnahmen auf regionaler und lokaler Ebene entwickeln, um die Lage der Roma zu verbessern. Diese Maßnahmen sollten in einem umfassenderen konzeptuellen und programmatischen Rahmen erfolgen, der Achtung, Schutz und Verwirklichung der Grundrechte mit Entwicklungschancen verbindet. Diese beiden komplementären Aspekte machen den Kern eines auf Rechten basierenden Ansatzes aus, mithilfe dessen die Rechte der Roma in der Praxis „vor Ort“ nachhaltig verwirklicht werden können.

Dabei gilt es zu bedenken, dass der EU-Rahmen, die nationalen Strategien und sämtliche durch die Umfragen ermittelten Ausgangsdaten lediglich eine Ausgangsbasis für die künftige Entwicklung spezieller, zielgerichteter, nationaler und lokaler Umsetzungspläne mit konkreten Maßnahmen bilden. Diese Pläne müssen gemäß den „10 Gemeinsamen Grundprinzipien für die Einbeziehung der Roma“ (*10 Common basic principles on Roma inclusion*) des Rates der Europäischen Union die direkte Einbeziehung der Gemeinschaften auf lokaler Ebene, und zwar der Roma ebenso wie der Nicht-Roma, sicherstellen. Der Aufbau von Vertrauen, die Entwicklung des sozialen Zusammenhalts und die Bekämpfung von Vorurteilen und Diskriminierung in der Praxis sind zu berücksichtigende Aspekte, um das zentrale, von der Europäischen Kommission im April 2011 treffend formulierte Ziel zu erreichen: „die Alltagssituation der Roma spürbar [zu] verbessern“.

Die Umfragen dokumentieren die Situation vor Ort und liefern den politischen Entscheidungsträgern die erforderliche Faktengrundlage, um politische Antworten zu entwickeln und Maßnahmen einzuleiten. Obwohl die Aussagekraft von Erhebungsdaten grundsätzlich begrenzt ist – vor allem bei einer so heterogenen Gruppe wie den Roma – liefern die in dieser Veröffentlichung zusammengefassten Schlüsselerkenntnisse ausreichend zuverlässige statistische Daten, die der Europäischen Kommission und den EU-Mitgliedstaaten von Nutzen sein werden. Die Ergebnisse bieten den politischen Entscheidungsträgern eine Informationsgrundlage, um die Prioritäten und den Umfang der anstehenden Aufgaben zu ermitteln. Die umfassenden Ausgangsdaten zur sozioökonomischen Lage der Roma und zu der Frage, inwieweit die Roma ihre Grundrechte wahrnehmen können, werden es möglich machen, die Fortschritte der nationalen Strategien zu messen.

## Die Umfragen im Überblick

Dieser Bericht stellt die ersten Umfrageergebnisse vor, die auf der Analyse eines Teils der verfügbaren Daten basieren. Weitere thematische Berichte werden folgen. Die

vorgestellten Ergebnisse sind somit ein erster Schritt, dem gravierenden Mangel an Daten zur sozioökonomischen Situation der Roma in der EU und der Umsetzung ihrer Rechte zu begegnen.

### Welche Länder wurden erfasst?

- Die Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma wurde in Bulgarien, Frankreich, Griechenland, Italien, Polen, Portugal, Rumänien, der Slowakei, Spanien, der Tschechischen Republik und Ungarn durchgeführt.
- Die regionale Umfrage des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), der Weltbank und der Europäischen Kommission zur Situation der Roma wurde in fünf dieser Länder (Bulgarien, Rumänien, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn) sowie in sechs Nicht-EU-Ländern der Westlichen Balkanstaaten und der Republik Moldau durchgeführt.

### Wer wurde befragt?

- Im Rahmen der beiden Umfragen wurden 22 203 Roma und Nicht-Roma<sup>19</sup> in den elf EU-Mitgliedstaaten befragt und Informationen zu 84 287 Haushaltsmitgliedern gesammelt.
- Die persönlichen Interviews fanden bei den befragten Roma und Nicht-Roma zu Hause statt.
- Befragt wurden Personen, die sich selbst als Roma bezeichnen. In Frankreich waren dies Personen, die sich selbst als *Gens du Voyage* bezeichnen und auf öffentlichen Siedlungsplätzen in Wohnwagen leben. Ebenfalls befragt wurden Roma aus Rumänien, die EU-Bürger sind und in Frankreich leben. Die Ergebnisse für diese Gruppe werden Gegenstand eines späteren Berichts sein.
- Befragt wurde auch die Mehrheitsbevölkerung, die in der gleichen Gegend oder in unmittelbarer Nachbarschaft der befragten Roma lebt. Im Bericht wird diese Gruppe als „Nicht-Roma“ bezeichnet.

### Welche Fragen wurden gestellt?

- Fragen zu grundlegenden soziodemografischen Merkmalen aller Haushaltsmitglieder
- Fragen zu ihrer Situation in Bezug auf Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Wohnraum
- Fragen zu Wohngegend und Infrastruktur
- Fragen zu Integration, Diskriminierung, Kenntnis der eigenen Rechte und Staatsangehörigkeit
- Fragen zu Mobilität und Migration

<sup>19</sup> Der Begriff „Nicht-Roma“ bezieht sich auf jenen Teil der Allgemeinbevölkerung, der in unmittelbarer Nähe der befragten Roma lebt.

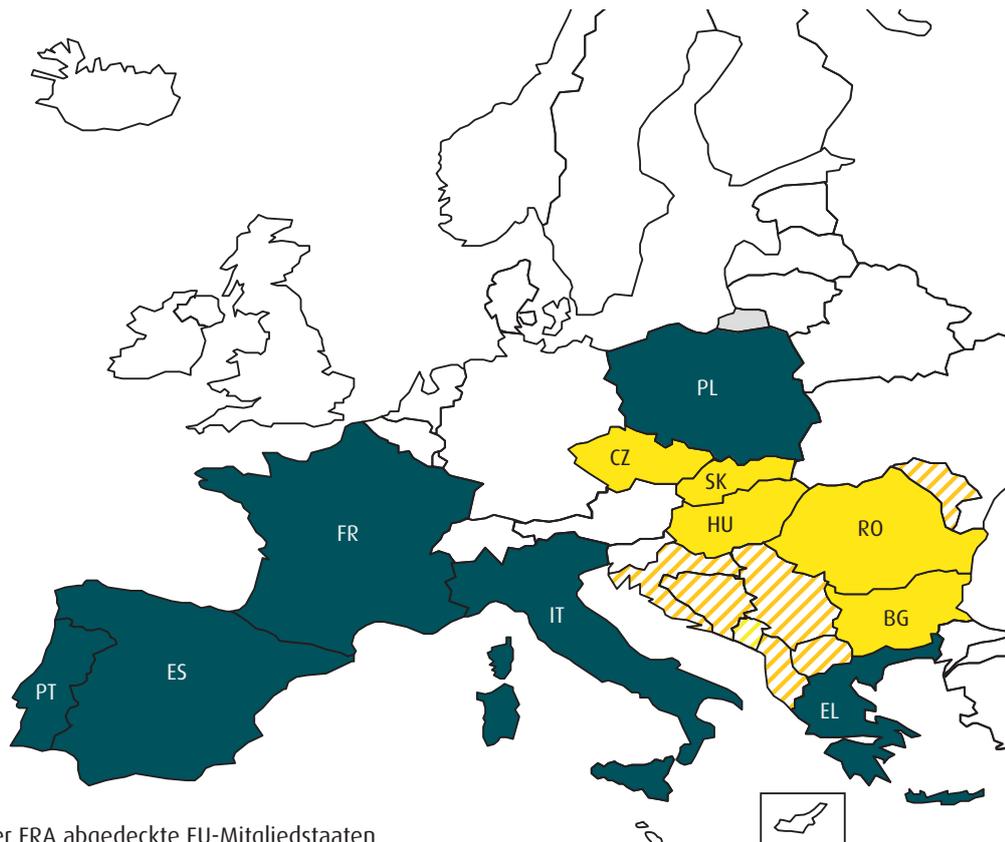
## Wie repräsentativ sind die Ergebnisse?

- Die Ergebnisse sind repräsentativ für Gebiete, in denen die Bevölkerungsdichte der Roma höher ist als im nationalen Durchschnitt.
- Die Ergebnisse für die Gruppe der Nicht-Roma sind nicht repräsentativ für die Mehrheitsbevölkerung, dienen jedoch als Bezugswert für die Roma, da sich die befragten Nicht-Roma in derselben

Umgebung, auf demselben Arbeitsmarkt und in derselben sozialen Infrastruktur bewegen.

Die in dieser einführenden Publikation präsentierten Ergebnisse unterstreichen die Notwendigkeit für wirkungsvolle nationale Strategien zur Integration der Roma. Weitere Datenanalysen mit größerem Augenmerk auf Geschlechts- und Altersdifferenzen werden in einer nach und nach erscheinenden Serie von Publikationen im Detail präsentiert.

Abbildung 1: Länder die bei den FRA Umfragen abgedeckt wurden, 2011



- In der Umfrage der FRA abgedeckte EU-Mitgliedstaaten
- In den Umfragen der FRA und des UNDP abgedeckte EU-Mitgliedstaaten
- ▨ In der Umfrage des UNDP abgedeckte Nicht-EU-Mitgliedstaaten

Quelle: Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma, 2011; Regionale Umfrage des UNDP/der Weltbank/der Europäischen Kommission zur Situation der Roma, 2011

Ländercode	EU-Mitgliedstaat
BG	Bulgarien
CZ	Tschechische Republik
EL	Griechenland
ES	Spanien
FR	Frankreich
HU	Ungarn
IT	Italien
PL	Polen
PT	Portugal
RO	Rumänien
SK	Slowakei

## Die wichtigsten Ergebnisse

Die Ergebnisse der Umfrage bestätigen die Bedenken, welche die Europäische Kommission bereits in ihrer Mitteilung<sup>20</sup> vom April 2011 geäußert hatte, nämlich, dass viele Roma mit Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung konfrontiert sind und als Randgruppe unter äußerst prekären sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen leben.

Die vorgestellten Indikatoren zeigen, dass in den **elf von den Umfragen abgedeckten EU-Mitgliedstaaten** die sozioökonomische Situation der Roma in den vier Kernbereichen Beschäftigung, Bildung, Wohnraum und Gesundheit nicht zufriedenstellend und im Durchschnitt schlechter als die Situation der in ihrer unmittelbaren Nähe lebenden Nicht-Roma ist. Sie zeigen auch, dass Roma weiterhin Diskriminierungen ausgesetzt und sich ihrer durch EU-Rechtsvorschriften – beispielsweise der Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse<sup>21</sup> – gewährten Rechte nicht bewusst sind.

### Bildung:

- im Durchschnitt besucht nur jedes zweite Roma-Kind, das von der Umfrage erfasst wurde, eine Vorschule oder einen Kindergarten;
- neun von zehn Roma-Kindern im schulpflichtigen Alter von sieben bis 15 Jahren besuchen den Befragten zufolge eine Schule – ausgenommen hiervon sind Bulgarien, Griechenland und Rumänien;
- im Anschluss an die Schulpflicht geht die Beteiligung an Bildung deutlich zurück; nur 15 % der befragten jungen Erwachsenen unter den Roma schließen die Sekundarstufe II oder eine Berufsausbildung ab.

### Beschäftigung:

- im Durchschnitt geht weniger als ein Drittel der Roma einer bezahlten Beschäftigung nach;
- jeder dritte befragte Roma gab an, arbeitslos zu sein;
- andere bezeichneten sich als im Haushalt tätig, im Ruhestand, arbeitsunfähig oder selbständig beschäftigt.

### Gesundheit:

- jeder dritte befragte Roma im Alter von 35 bis 54 Jahren gibt an, im Alltag durch gesundheitliche Probleme beeinträchtigt zu sein;
- im Durchschnitt haben etwa 20 % der befragten Roma keine Krankenversicherung oder wissen nicht, ob sie einen Krankenversicherungsschutz haben.

### Wohnraum:

- im Durchschnitt wird in den im Rahmen der Umfragen erfassten Roma-Haushalten ein Zimmer von mehr als zwei Personen bewohnt;
- etwa 45 % der Roma leben in Haushalten, in denen mindestens eine der folgenden Grundausstattungen fehlt: Küche, Toilette, Dusche/Bad im Innenbereich sowie Stromversorgung.

### Armut:

- im Durchschnitt leben etwa 90 % der befragten Roma in Haushalten, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgrenze des jeweiligen Landes liegt;
- im Durchschnitt leben etwa 40 % der Roma in Haushalten, in denen mindestens einmal im vergangenen Monat eine Person hungrig zu Bett gehen musste, weil sie sich kein Essen leisten konnten.

### Diskriminierung und Kenntnis der eigenen Rechte:

- etwa die Hälfte der befragten Roma gab an, dass sie in den letzten zwölf Monaten aufgrund ihrer ethnischen Herkunft Diskriminierung erfahren hätten;
- etwa 40 % der befragten Roma wussten, dass es Gesetze gibt, nach denen die Diskriminierung von Angehörigen ethnischer Minderheiten bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz verboten ist.

## Bildung

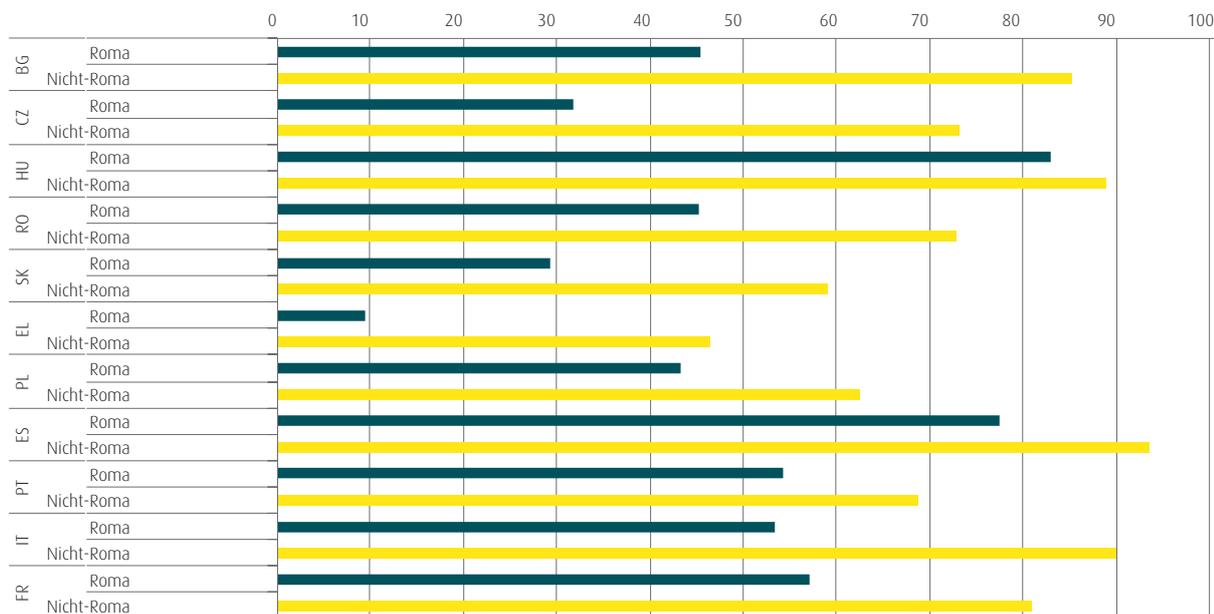
Bildung entscheidet über die weiteren Chancen im Leben und ist von zentraler Bedeutung, um eine sichere und angemessen entlohnte Beschäftigung zu finden. Die Ergebnisse der Umfragen bestätigen, dass sich Roma-Kinder in punkto Bildungserfolg großteils im Hintertreffen befinden. Das Recht auf Bildung ist jedoch ein grundlegendes Menschenrecht. Es wird geschützt durch Artikel 28 des UN-Übereinkommens über die Rechte des Kindes, das von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert wurde, sowie durch Artikel 14 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Die EU-Mitgliedstaaten sind daher verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass alle Kinder gleichen Zugang zu Bildung und insbesondere zur Pflichtschulbildung erhalten. Der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco)<sup>22</sup> zufolge haben Personen, die nicht zumindest die Pflichtschulbildung abschließen, ein hohes Armutsrisiko sowie geringe Chancen, Lernkompetenz zu entwickeln und ihr volles Potenzial auszuschöpfen.

20 Europäische Kommission (2011), *EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020*, KOM(2011) 173 endgültig, Brüssel.

21 Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft.

22 Unesco (2010), *Education for all Global Monitoring Report 2010. Reaching the marginalized*, (Dt. Kurzfassung: Unesco-Weltbericht „Bildung für alle“ – *Ausgeschlossene einbinden*, 2010) Paris, Unesco, S. 155.

Abbildung 2: Kinder im Alter von vier Jahren bis zum Beginn des Pflichtschulalters, die eine Vorschule oder einen Kindergarten besuchen (gepoolte Daten) (%)



Anmerkungen: \* In Bulgarien, Polen, Rumänien und Ungarn beginnt die Pflichtschule mit sieben Jahren; in den anderen EU-Mitgliedstaaten mit sechs Jahren.

Quelle: Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma, 2011; Regionale Umfrage des UNDP/der Weltbank/der Europäischen Kommission zur Situation der Roma, 2011

Dieser Abschnitt untersucht und vergleicht die schulische Bildungsbeteiligung, die Schulbesuchsquoten und die Schulabschlussquoten von Roma und Nicht-Roma. Die Ergebnisse bestätigen die Erkenntnisse aus früheren Untersuchungen:<sup>23</sup> Roma-Kinder liegen zurück, was den Bildungserfolg angeht.

## Vorschul- und Kindergartenbesuch

Die frühkindliche Bildung und Erziehung ist für einen späteren erfolgreichen Schulbesuch von entscheidender Bedeutung. In ihrer Mitteilung zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung von 2011 betonte die Europäische Kommission, dass „in der frühen Kindheit über Bildung die Entwicklung von Kindern am besten beeinflusst und eine Benachteiligung ausgeglichen werden kann“.<sup>24</sup> Vor diesem Hintergrund forderte die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung zu einem EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma die Mitgliedstaaten ausdrücklich auf, „den Zugang zu einer guten frühkindlichen Betreuung,

Bildung und Erziehung [für die Roma zu] verbessern“<sup>25</sup>. Die Umfrageergebnisse zeigen, dass es sich hier tatsächlich um eine wichtige Priorität handelt.

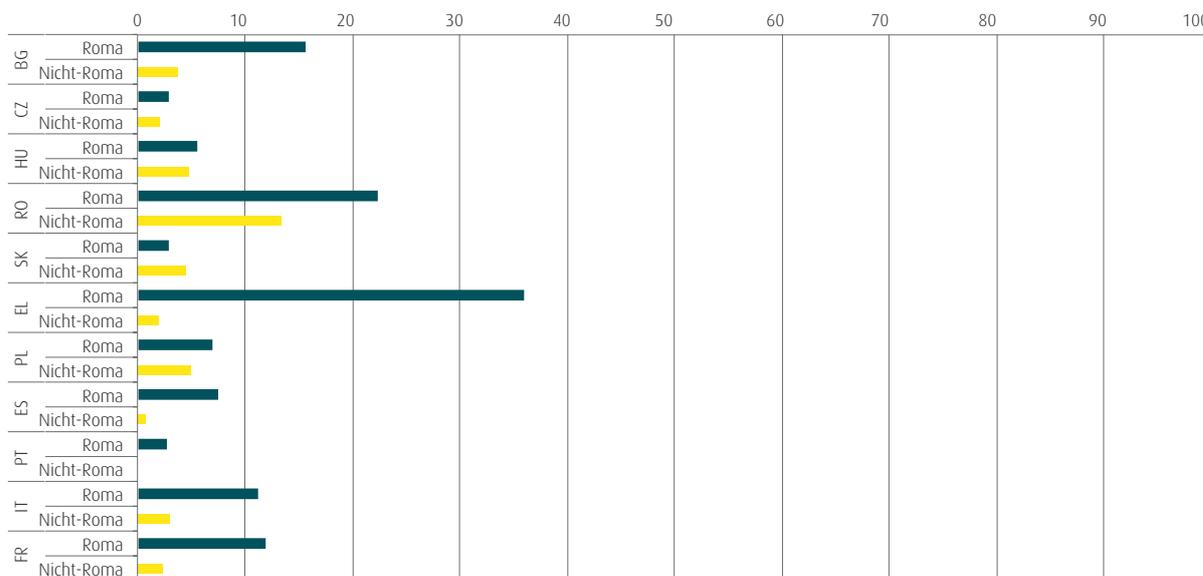
In neun der elf untersuchten EU-Mitgliedstaaten offenbaren die Ergebnisse eine erhebliche Kluft zwischen Roma- und Nicht-Roma-Kindern, wenn es um den Vorschul- und Kindergartenbesuch geht (siehe Abbildung 2). Allerdings gibt es hier signifikante Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten: In Spanien und Ungarn beispielsweise besuchen mindestens sieben von zehn Roma- und Nicht-Roma-Kindern den Angaben zufolge eine Vorschule oder einen Kindergarten. In deutlichem Gegensatz dazu besuchen in Griechenland den Angaben nach weniger als 10 % der Roma-Kinder eine Vorschule oder einen Kindergarten, während dieser Anteil bei Nicht-Roma-Kindern bei knapp 50 % liegt. Laut den Berichten am niedrigsten sind die Quoten für den Besuch einer Vorschule oder eines Kindergartens bei Roma- wie bei Nicht-Roma-Kindern in Griechenland und der Slowakei. Die Ergebnisse belegen insgesamt keine signifikanten geschlechtsspezifischen Unterschiede.

23 EUMC (2006), *Roma and Travellers in public education*, Wien, EUMC; Ivanov, A., Collins, M., Grosu, C., Kling, J., Milcher, S., O'Higgins, N., Slay, B. and Zhelyazkova, A. (2006), *At risk: Roma and the displaced in Southeast Europe*, Bratislava, UNDP/World Bank/EC Regional Bureau for Europe and the CIS (Dt. Zusammenfassung: *Gefährdet: Die Roma und die Vertriebenen in Südosteuropa*); Revenga, A., Ringold, D., und Tracy, W. M. (2002), *Poverty and ethnicity. A cross-country study of Roma poverty in central Europe*, Washington D.C., Weltbank.

24 Europäische Kommission (2011), *Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung: der bestmögliche Start für alle unsere Kinder in die Welt von morgen*, KOM(2011) 66 endgültig, Brüssel, 17. Februar 2011, S. 3.

25 Europäische Kommission (2011), *EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020*, KOM(2011) 173 endgültig, Brüssel, S. 6.

Abbildung 3: Kinder im Alter von sieben bis 15 Jahren, die keine Schule besuchen (%)



Quelle: Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma, 2011

### Schulbesuch von Kindern im Pflichtschulalter

Ein Pflichtschulabschluss ist Voraussetzung für einen angemessenen Arbeitsplatz und für den Zugang zu weiterführender und Hochschulbildung. Der Prozentsatz der Kinder im Alter von sieben bis 15 Jahren,<sup>26</sup> die keine Schule besuchen, ist nicht nur ein Indikator für die künftigen Chancen dieser Generation, sondern auch ein Warnsignal für die Bildungssysteme. Anzumerken ist, dass diese Ergebnisse nicht zwischen verschiedenen Schultypen unterscheiden, wie beispielsweise Schulen für Kinder mit geistiger oder körperlicher Behinderung, die es in einigen EU-Mitgliedstaaten gibt und in die Roma-Kinder früheren Untersuchungen zufolge häufig eingeschult werden.<sup>27</sup>

Was den Schulbesuch betrifft, so offenbaren die Ergebnisse deutliche Diskrepanzen zwischen Roma- und Nicht-Roma-Kindern (siehe Abbildung 3). Die Situation unterscheidet sich jedoch zwischen den EU-Mitgliedstaaten erheblich. Mindestens 10 % der Roma-Kinder im Alter von sieben bis 15 Jahren, die in Bulgarien, Frankreich, Griechenland, Italien oder Rumänien leben, besuchen der FRA-Umfrage zufolge keine Schule. Das heißt, sie besuchen entweder noch eine Vorschule oder wurden noch nicht eingeschult, pausieren ein Schuljahr, sind von der Schule abgegangen oder bereits erwerbstätig. Der Anteil an Roma-Kindern, die nicht zur Schule gehen, ist in Griechenland mit mehr als 35 % am höchsten.

26 In Bulgarien, Polen, Rumänien und Ungarn werden viele Kinder im Alter von sieben Jahren eingeschult, in anderen Staaten dagegen mit sechs Jahren. In Griechenland und der Tschechischen Republik endet die Pflichtschule im Alter von 15 Jahren, in anderen Staaten später.

27 EUMC (2006), *Roma and Travellers in public education*, Wien, EUMC.

**Abbildung 4: Haushaltsmitglieder im Alter von 20 bis 24 Jahren, die mindestens einen Abschluss des allgemeinbildenden oder berufsbildenden Sekundarbereichs II erworben haben (gepoolte Daten) (%)**



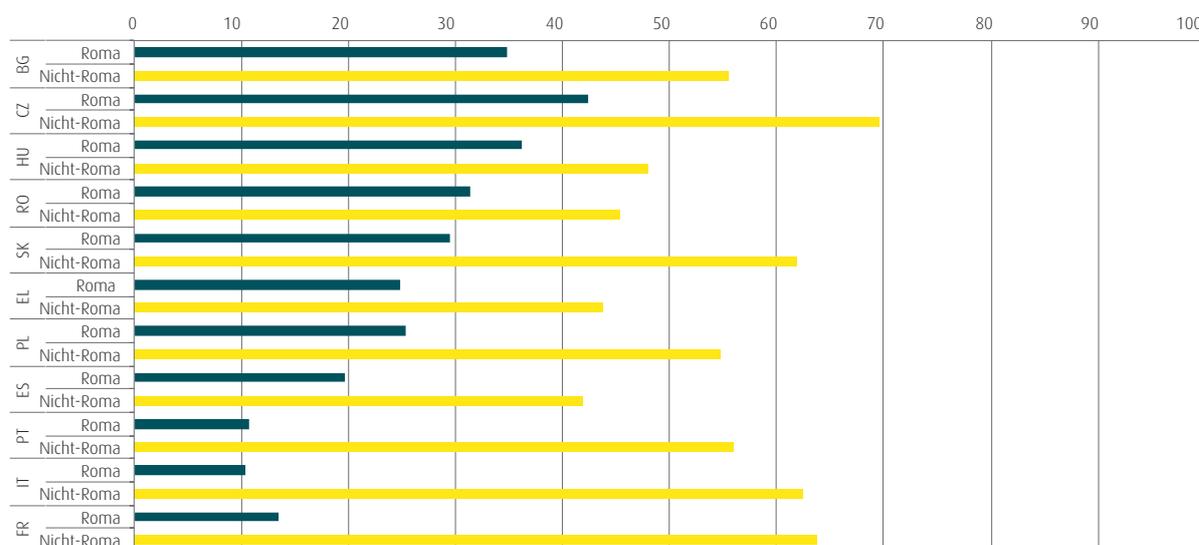
Quelle: Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma, 2011; Regionale Umfrage des UNDP/der Weltbank/der Europäischen Kommission zur Situation der Roma, 2011

## Abschluss des allgemeinbildenden und berufsbildenden Sekundarbereichs II

An einer allgemein- oder berufsbildenden Schule die Sekundarstufe II abgeschlossen zu haben, ist Voraussetzung für den Zugang zu qualifizierter Beschäftigung und Hochschulbildung. Je höher das erreichte Bildungsniveau ist, desto größer sind die Chancen, einen sicheren, angemessenen und gut bezahlten Arbeitsplatz zu finden. Die Umfrageergebnisse zu jungen Erwachsenen im Alter von 20 bis 24 Jahren, die in den Arbeitsmarkt eintreten, belegen in allen EU-Mitgliedstaaten signifikante Unterschiede zwischen Roma und Nicht-Roma (siehe Abbildung 4). In fünf der elf EU-Mitgliedstaaten – Frankreich, Griechenland, Portugal, Rumänien, Spanien – hat den Angaben zufolge nicht einmal jeder zehnte Roma die Sekundarstufe II abgeschlossen. In Polen und der Tschechischen Republik sind die Ergebnisse etwas besser, doch auch hier hat nicht einmal jeder dritte junge Roma dieses Bildungsniveau erreicht.

In Portugal und Spanien ist der Anteil der Nicht-Roma, die den Angaben nach die Sekundarstufe II abgeschlossen haben, weit geringer als in anderen EU-Mitgliedstaaten. Dies ist möglicherweise auf lokale oder regionale strukturelle Benachteiligungen zurückzuführen, die sich auf beide in enger Nachbarschaft lebenden Gruppen auswirken. Für dieses Bildungsniveau waren bei den Roma geringfügige geschlechtsbezogene Unterschiede zu verzeichnen, mit Ausnahme von Polen, wo Roma-Frauen berichteter Maßen häufiger über einen Abschluss der Sekundarstufe II verfügen als Roma-Männer.

**Abbildung 5: Haushaltsmitglieder im Alter von 20 bis 24 Jahren, die einer abhängigen Beschäftigung nachgehen (gepoolte Daten) (%) – ausgenommen selbstständige Erwerbstätigkeit**



Quelle: Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma, 2011; Regionale Umfrage des UNDP/der Weltbank/der Europäischen Kommission zur Situation der Roma, 2011

## Beschäftigung

Nach Eurostat-Angaben lag der Anteil der Personen, die einer abhängigen Beschäftigung<sup>28</sup> nachgingen, bei den 20- bis 64-jährigen in der EU im Jahr 2010 bei durchschnittlich 68,6 %. Die Strategie „Europa 2020“ strebt als Kernziel eine Beschäftigungsquote von 75 % an. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise kann jedoch realistischerweise davon ausgegangen werden, dass die Konkurrenz um Arbeitsplätze, und insbesondere um solche für gering Qualifizierte, dazu führen wird, dass die Roma auf dem Arbeitsmarkt zunehmend ins Hintertreffen geraten werden. Dies ist nicht nur auf unzureichende Ausbildung und arbeitsmarktrelevante Kompetenzen zurückzuführen, sondern auch darauf, dass Roma häufig Opfer von Diskriminierung werden: Die EU-MIDIS-Daten aus 2009 zeigen, dass jeder fünfte befragte Roma nach eigenen Angaben bei der Arbeitssuche diskriminiert wurde.

## Beschäftigungsquote

Der Begriff „abhängige Beschäftigung“<sup>29</sup> umfasst entlohnte Arbeit (Vollzeit, Teilzeit und Gelegenheitsarbeit) in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen sowie bezahlten Elternurlaub, schließt jedoch selbstständige Erwerbstätigkeit aus. In einigen EU-Mitgliedstaaten ist die Selbständigenquote, wie unten erläutert, recht hoch. Auch ist darauf hinzuweisen, dass die befragten Nicht-Roma nicht für die Gesamtbevölkerung repräsentativ sind; somit

weichen die Umfrageergebnisse für diese Gruppe von den Daten statistischer Erhebungen über die Gesamtbevölkerung, wie z. B. der Eurostat-Arbeitskräfteerhebung (AKE), ab.

Die Umfrageergebnisse machen deutlich, dass das von der Strategie „Europa 2020“ angestrebte Kernziel eine beträchtliche Herausforderung darstellt. Insofern wird das im EU-Rahmen enthaltene Ziel, „die Beschäftigungsquote der Roma an die der übrigen Bevölkerung anzunähern“, erhebliche Anstrengungen der EU-Mitgliedstaaten erfordern.

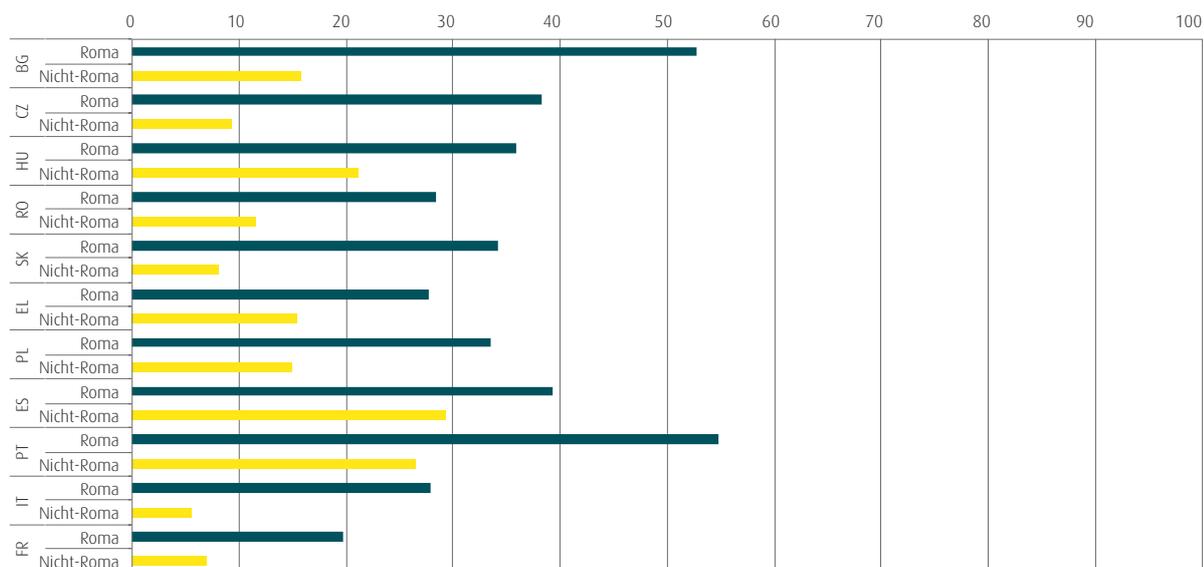
Die Umfragen in Frankreich, Italien und Portugal ergaben erhebliche Unterschiede zwischen Roma und Nicht-Roma, denn nur jeder zehnte Roma im Alter zwischen 20 und 64 Jahren gab an, sich in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis zu befinden (siehe Abbildung 5). Dies steht in deutlichem Gegensatz zu den befragten Nicht-Roma, die weitaus höhere Beschäftigungsquoten aufwiesen. Die niedrigen Beschäftigungsquoten der Roma bedürfen einer näheren Betrachtung, da es mehrere Erklärungsmöglichkeiten für diese Ergebnisse gibt: So könnten sie beispielsweise mit den unterschiedlichen Selbständigenquoten in den verschiedenen untersuchten Ländern in Zusammenhang stehen – rund 20 % der in Frankreich, aber auch der in Griechenland befragten Roma gaben an, selbstständig zu sein; in Italien waren es etwa 25 %. Dieser Situation angemessen fordert die Mitteilung der Europäischen Kommission zum EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma die EU-Mitgliedstaaten auf, den Roma in nichtdiskriminierender Weise uneingeschränkter Zugang zu Förderungen der Selbständigkeit und zu Kleinstkrediten zu gewähren.

Den höchsten Prozentsatz an abhängiger Beschäftigung bei Roma und Nicht-Roma ergab die Umfrage für die Tschechische Republik; in Ungarn wies die Beschäftigungsquote die geringsten Unterschiede zwischen Roma und Nicht-Roma auf.

28 Dieser Indikator ist nicht direkt mit den Ergebnissen der Umfragen vergleichbar, da er auf einer anderen Definition beruht. Zu den Eurostat-Daten siehe: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=en&pcode=t2020\\_10](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=en&pcode=t2020_10).

29 Die Befragten wurden gebeten, über die Beschäftigungssituation jedes Haushaltsmitglieds Auskunft zu geben.

Abbildung 6: Befragte\* im Alter von 20 bis 64 Jahren, die sich selbst als arbeitslos bezeichneten (%)



Anmerkungen: \* Die Befragten wurden gebeten, diese Frage nur für sich selbst und nicht für alle Haushaltsmitglieder zu beantworten. In den beiden Umfragen wurden die Fragen zur Arbeitslosigkeit jeweils unterschiedlich formuliert, weshalb die Daten für diesen Indikator nicht gepoolt werden konnten.

Quelle: Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma, 2011

Die Beschäftigungsquoten, die auf Grundlage der Daten des UNDP/der Weltbank/der Europäischen Kommission mittels der AKE-Methodik errechnet wurden, zeichnen ein ähnliches Bild für die fünf in beiden Umfragen erfassten EU-Mitgliedstaaten (Bulgarien, Rumänien, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn). Zudem liefern die Quoten auch wichtige Informationen über die einzelnen Länder. Sowohl bei Roma als auch bei Nicht-Roma sind die Beschäftigungsquoten bei Frauen niedriger als bei Männern, wobei die Differenz bei den Roma größer ausfällt.

## Selbstberichtete Arbeitslosigkeit

Die Messung von Arbeitslosigkeit durch Umfragen erweist sich als komplex, da individuelle Einschätzungen der Befragten zu unterschiedlichen Antworten führen können. Personen, die beispielsweise nur gelegentlich oder im informellen Sektor arbeiten, ziehen es unter Umständen vor, sich als arbeitslos zu bezeichnen. Daher sollten die Ergebnisse zum Indikator „selbstberichtete Arbeitslosigkeit“<sup>30</sup> in Verbindung mit anderen Indikatoren

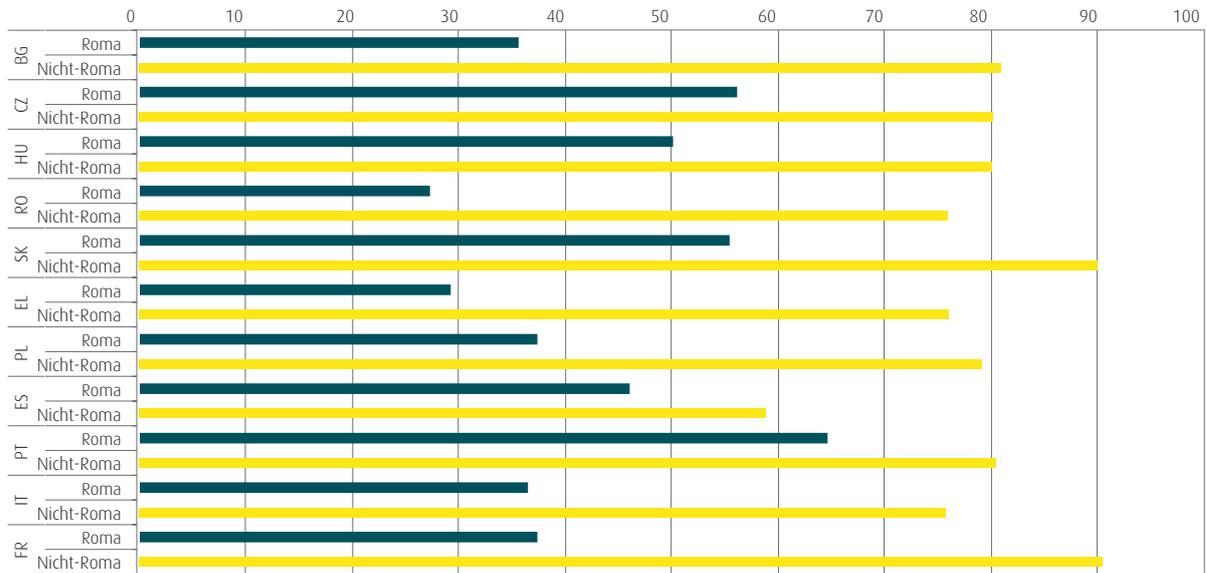
interpretiert werden, etwa dem Indikator „abhängige Beschäftigung“ im vorangegangenen Abschnitt.

In allen von der Umfrage erfassten EU-Mitgliedstaaten wurden hohe Arbeitslosenquoten unter den Roma (siehe Abbildung 6) festgestellt. In den meisten Mitgliedstaaten gaben mindestens doppelt so viele Roma wie Nicht-Roma an, arbeitslos zu sein, wobei in Italien, der Slowakei und der Tschechischen Republik vier bis fünf Mal mehr Roma als Nicht-Roma angaben, arbeitslos zu sein.

Die mittels der AKE-Methodik errechneten Daten des UNDP/der Weltbank/der Europäischen Kommission zur Arbeitslosigkeit vermitteln ein ähnliches Bild über die fünf EU-Mitgliedstaaten, die in beiden Umfragen erfasst wurden, und liefern außerdem wichtige Einzelinformationen in Bezug auf Geschlecht und Alter. So sind zum Beispiel den Angaben zufolge die Arbeitslosenquoten bei Roma-Frauen im Durchschnitt um ein Drittel höher als bei Roma-Männern, während die Arbeitslosenquoten von Frauen und Männern bei Nicht-Roma nicht so weit auseinanderliegen. Zudem hatte von den jungen Roma im Alter von 15 bis 24 Jahren, die sich selbst als arbeitslos bezeichneten, ein besorgniserregend hoher Anteil noch gar keine Arbeitserfahrung gehabt (zwischen 58 % in Ungarn und 77 % in der Tschechischen Republik).

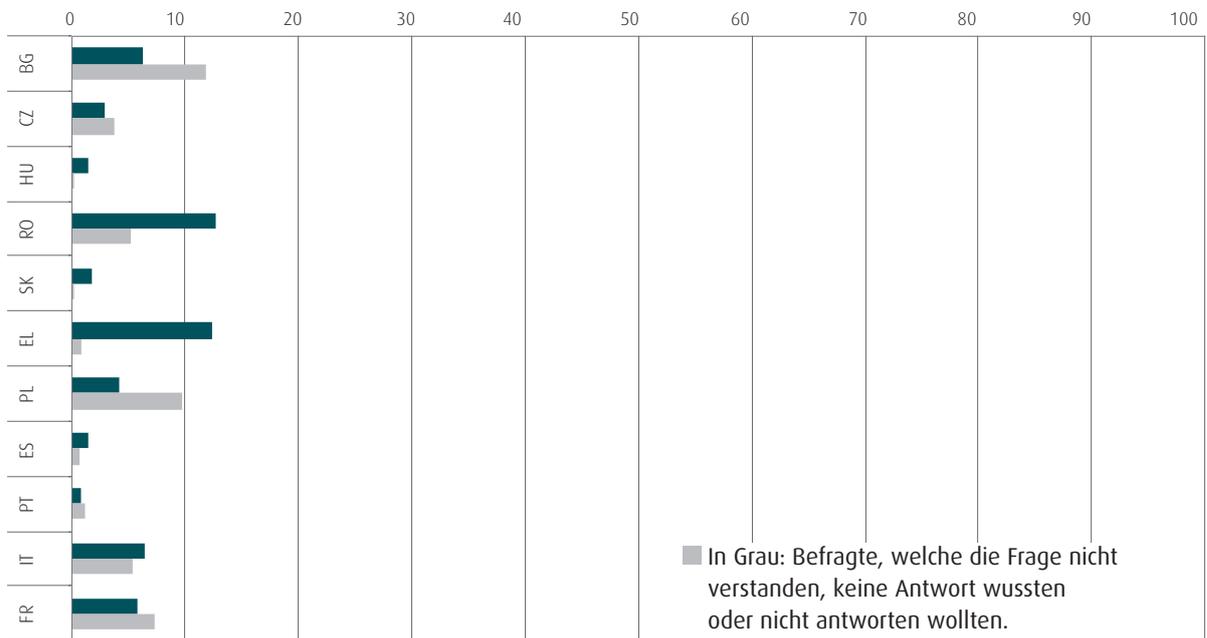
30 Dieser Indikator ist nicht mit dem AKE-Indikator für Arbeitslosigkeit vergleichbar, der Personen als Erwerbslose definiert, die in der Berichtswoche ohne Arbeit, aber für eine Arbeit sofort verfügbar sind und die entweder in den vorangegangenen vier Wochen aktiv auf Arbeitssuche waren oder bereits eine Arbeit mit vorgesehenem Arbeitsantritt innerhalb der kommenden drei Monate gefunden hatten. Anders als die Umfrage des UNDP/der Weltbank/der Europäischen Kommission beschränkte die Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma die Definition von Arbeitslosigkeit nicht auf einen bestimmten Zeitraum, eine Berichtswoche oder auf die Verfügbarkeit für eine Arbeit bzw. die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme. Auf diese Weise sollten auch diejenigen Personen erfasst werden, die über einen längeren Zeitraum arbeitslos waren oder nicht aktiv nach Arbeit gesucht haben.

**Abbildung 7: Befragte ab 18 Jahren, die angaben, dass sie derzeit oder künftig Anspruch auf eine private oder staatliche Rente haben (%)**



Quelle: Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma, 2011

**Abbildung 8: Roma-Kinder im Alter von sieben bis 15 Jahren, die außer Haus arbeiten (%)**



Quelle: Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma, 2011

## Renten

Im Rahmen der FRA-Umfrage wurden die Teilnehmer auch nach ihrem derzeitigen oder künftigen Anspruch auf eine private oder staatliche Rente gefragt.<sup>31</sup> Insgesamt gaben in allen EU-Mitgliedstaaten weniger Roma als Nicht-Roma an, derzeit oder künftig Anspruch auf eine solche Rente zu haben (siehe Abbildung 7), wobei in der Slowakei, der Tschechischen Republik und in Ungarn den Angaben zufolge mehr als die Hälfte der befragten Roma rentenberechtigt waren; dasselbe gilt für zwei von drei Roma in Portugal. Die Ergebnisse zeigen insgesamt geringe geschlechtsspezifische Unterschiede; in Griechenland und Spanien gaben jedoch mehr Roma-Männer als Roma-Frauen an, dass sie derzeit oder künftig rentenberechtigt seien.

## Kinderarbeit

In den meisten EU-Mitgliedstaaten ist den Angaben zufolge der Anteil von Roma-Kindern im Alter von sieben bis 15 Jahren, die außer Haus arbeiten, sehr gering (siehe Abbildung 8); bei Nicht-Roma-Kindern ist er so gut wie inexistent.

In Griechenland und Rumänien jedoch arbeiten den Angaben zufolge mehr als eines von zehn Roma-Kindern außer Haus, während in Bulgarien, Frankreich und Italien dieser Anteil bei etwa 6 % lag. Auf die Frage, welcher Tätigkeit die Kinder außer Haus nachgingen, erklärten die Befragten entweder, sie würden Dinge zum Wiederverkauf

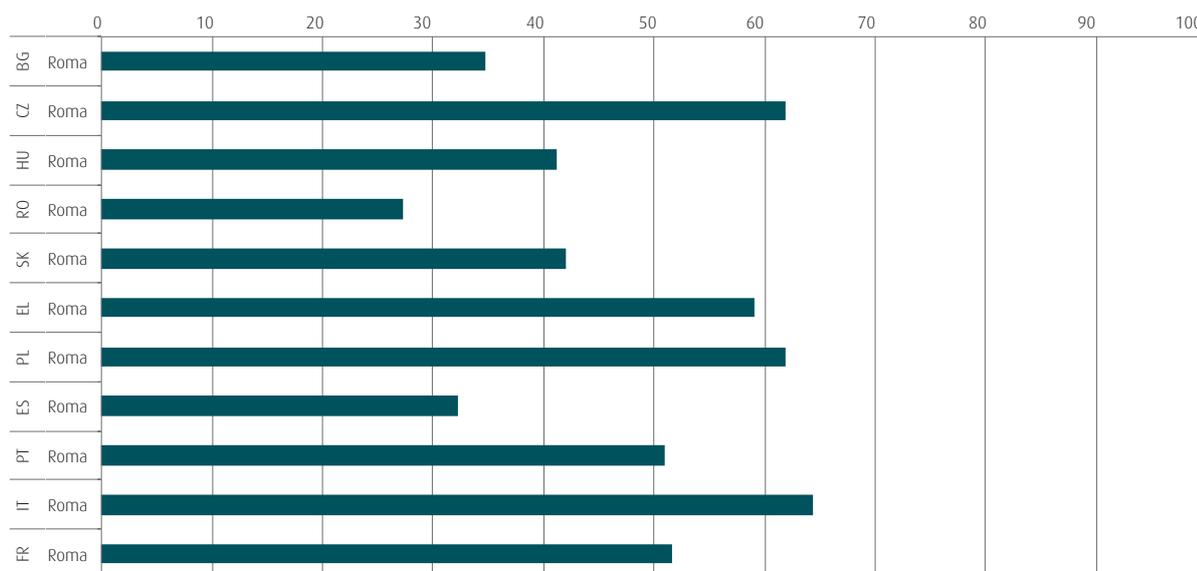
oder zum Recycling sammeln oder auf der Straße um Geld betteln. Andere außer Haus arbeitende Roma-Kinder arbeiteten in Geschäften, in landwirtschaftlichen Betrieben oder auf Märkten, oder sie verkauften Dinge auf der Straße, machten Besorgungen oder bewachten Fahrzeuge.

Eine erhebliche Zahl von Befragten sagte, sie verstehe die Frage nicht, wisse keine Antwort oder wollte nicht antworten. Möglicherweise wollten sie nicht zugeben, dass ihre Kinder arbeiten, oder die Tätigkeit der Kinder passte in keine der oben genannten Kategorien.

## Diskriminierung bei der Arbeitssuche aufgrund der ethnischen Herkunft

Die Umfrageergebnisse zur wahrgenommenen Diskriminierung bei der Arbeitssuche aufgrund der ethnischen Herkunft in den letzten fünf Jahren bestätigen weitgehend die Resultate der EU-MIDIS-Erhebung aus dem Jahr 2009. Elf Jahre nach der Verabschiedung der EU-Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse sagte mehr als die Hälfte der befragten Roma, sie habe bei der Arbeitssuche Diskriminierung erlebt, weil sie Roma seien (siehe Abbildung 9). Der größte Anteil an Diskriminierungserfahrungen wurde bei Roma in Italien und in der Tschechischen Republik ermittelt. In Bulgarien und Rumänien hingegen wurden weniger Diskriminierungserfahrungen angegeben; dies bestätigt frühere EU-MIDIS-Ergebnisse.

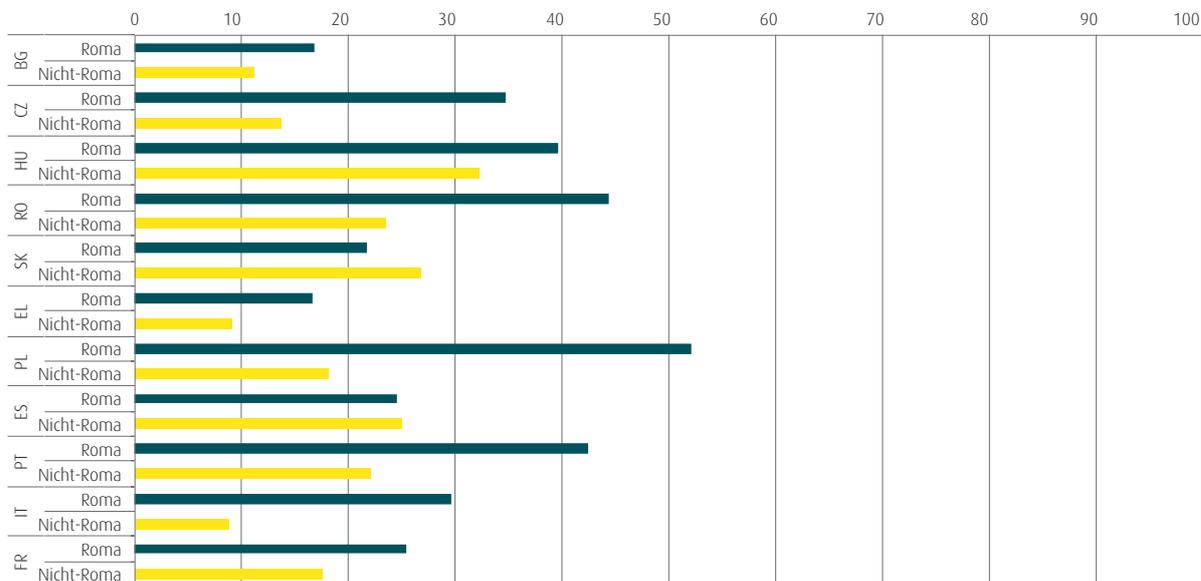
**Abbildung 9: Befragte Roma ab 16 Jahren, die angaben, dass sie in den letzten fünf Jahren bei der Arbeitssuche Diskriminierung aufgrund ihres Roma-Hintergrunds erlebt haben (gepoolte Daten) (%)**



Quelle: Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma, 2011; Regionale Umfrage des UNDP/der Weltbank/der Europäischen Kommission zur Situation der Roma, 2011

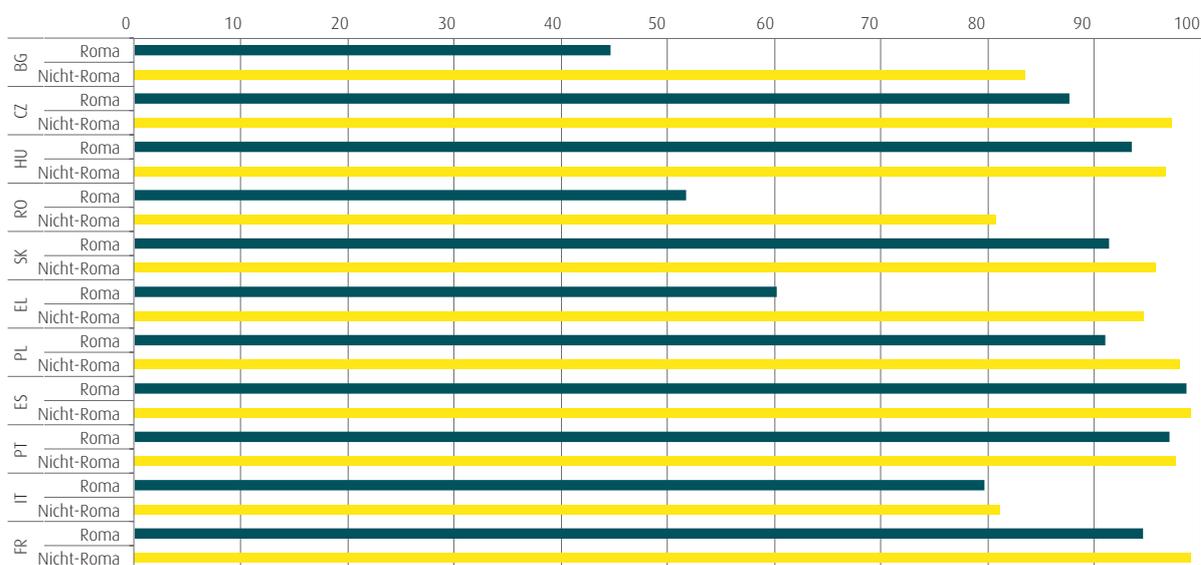
31 Diese Frage war im gemeinsamen Kernfragebogen und im UNDP-Fragebogen nicht enthalten.

**Abbildung 10: Befragte zwischen 35 und 54 Jahren mit gesundheitlichen Problemen, die sie im Alltag einschränken (%)**



Quelle: Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma, 2011

**Abbildung 11: Befragte über 18 Jahren mit Krankenversicherung (gepoolte Daten) (%)**



Quelle: Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma, 2011; Regionale Umfrage des UNDP/der Weltbank/der Europäischen Kommission zur Situation der Roma, 2011

## Gesundheit

### Beeinträchtigungen im Alltag durch gesundheitliche Probleme

Die Teilnehmer wurden gefragt, ob sie Beschwerden, Krankheiten oder Verletzungen haben, die sie im Alltag z. B. bei der Arbeit, beim Einkaufen oder bei sozialen Kontakten einschränken. Beeinträchtigungen im Alltag aufgrund gesundheitlicher Probleme nehmen mit dem Alter zu. Um Altersunterschiede in der Zusammensetzung der Bevölkerungsstichprobe auszuschließen und die Ergebnisse nicht zu beeinflussen,<sup>32</sup> wurde eine spezifische Altersgruppe von Roma und Nicht-Roma (35-54 Jahre) ausgewählt, die in der Regel die höchsten Erwerbsquoten aufweist. Daher kann angenommen werden, dass Beeinträchtigungen im Alltag auch die Möglichkeiten einschränken, eine Beschäftigung zu finden oder zu halten.

Außer in der Slowakei und in Spanien gaben mehr Roma als Nicht-Roma an, im Alltag eingeschränkt zu sein. In Polen sagte mehr als die Hälfte der befragten Roma, von Einschränkungen im Alltag betroffen zu sein, während in Bulgarien und Griechenland der entsprechende Anteil der Roma unter 20 % lag. In Spanien zeigten sich keine erkennbaren Unterschiede zwischen den Antworten der Roma und denen der Nicht-Roma. In Italien dagegen gaben sieben Mal mehr Roma als Nicht-Roma an, aufgrund gesundheitlicher Probleme im Alltag beeinträchtigt zu sein; auch in der Tschechischen Republik waren die Unterschiede zwischen Roma und Nicht-Roma beträchtlich (siehe Abbildung 10).

Bei der Betrachtung geschlechtsspezifischer Unterschiede in allen EU-Mitgliedstaaten zeigt sich, dass mehr Frauen (Roma und Nicht-Roma) als Männer angaben, aufgrund gesundheitlicher Probleme im Alltag eingeschränkt zu sein.

### Krankenversicherung

Umfrageteilnehmer ab 18 Jahren wurden gefragt, ob sie in ihrem Land auf irgendeine Art krankenversichert seien (wobei die Interviewer die wichtigsten nationalen Versicherungen nannten). Die Frage sollte lediglich ermitteln, ob bekannt ist, dass ein Krankenversicherungsschutz besteht, und nicht, welche Gesundheitsversorgung im Ernstfall tatsächlich erfolgt. Das Wissen um Versicherungsschutz ist wichtig – Menschen, die davon ausgehen, nicht versichert zu sein, nehmen möglicherweise ihnen zustehende Gesundheitsleistungen, wie beispielsweise Maßnahmen zur Vorbeugung gegen Krankheiten oder Vorsorgeuntersuchungen, nicht in Anspruch.

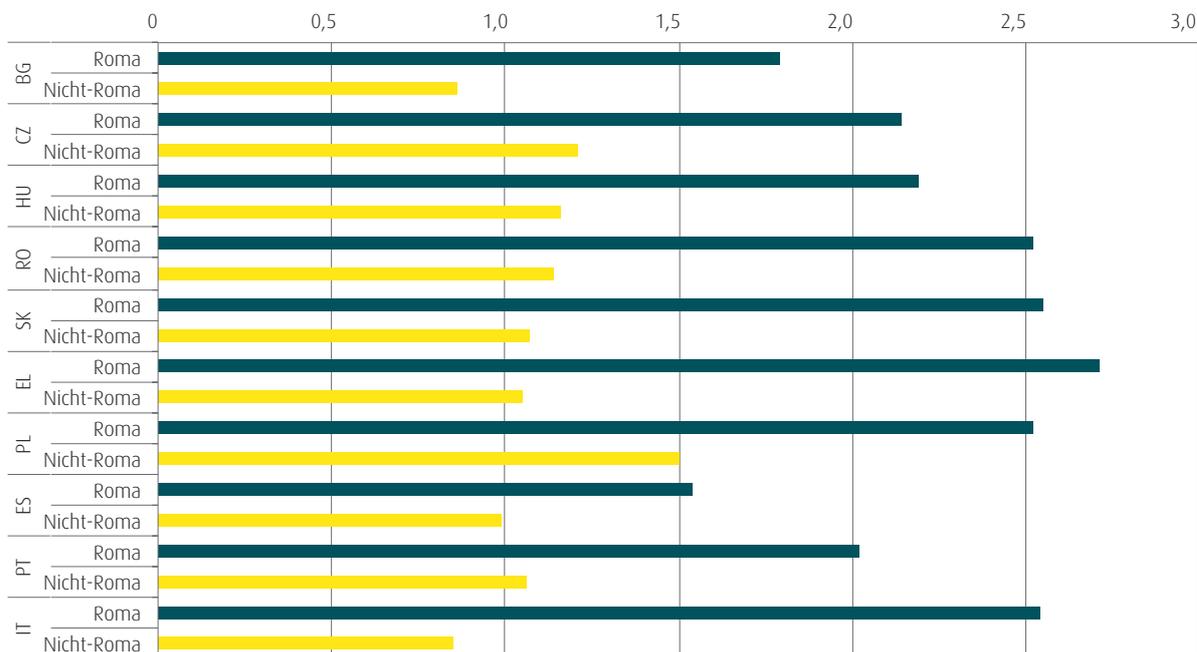
In Frankreich, Polen, Portugal, der Slowakei, Spanien und Ungarn gaben 90 % oder mehr der befragten Roma und Nicht-Roma an, krankenversichert zu sein. In Italien sagten etwa 20 % der Roma und Nicht-Roma, sie hätten keine Krankenversicherung.

Deutliche Unterschiede zeigen sich vor allem beim Vergleich der befragten Roma und Nicht-Roma in Griechenland, Rumänien und besonders in Bulgarien, wo nur etwa 45 % der Roma (gegenüber etwa 85 % der Nicht-Roma) angaben, krankenversichert zu sein. Eine kleine Zahl der befragten Roma in Bulgarien und der Tschechischen Republik (etwa 6 %) sagte, sie wüssten keine Antwort oder sie verstünden die Frage nicht (siehe Abbildung 11).

Insgesamt wurden keine signifikant geschlechtsspezifischen Unterschiede festgestellt. In den meisten EU-Mitgliedstaaten zeigten sich auch hinsichtlich des Alters keine Unterschiede. In Bulgarien, Italien und Rumänien sagte jedoch eine etwas höhere Zahl an älteren (über 50 Jahre) als jüngeren Befragten, sie seien krankenversichert; dies galt vor allem für die Roma.

<sup>32</sup> Die Altersstruktur der befragten Bevölkerung zeigt deutliche Unterschiede zwischen Roma und Nicht-Roma: In allen EU-Mitgliedstaaten war die befragte Roma-Population im Durchschnitt jünger als die befragte Nicht-Roma-Population.

**Abbildung 12: Durchschnittliche Zahl an Personen pro Zimmer (ohne Küche, Flur, Toilette, Badezimmer und vermietete Räume) (gepoolte Daten) (%)**



*Anmerkungen: Roma-Haushalte in mobilen oder Behelfsunterkünften wurden in diese Berechnung nicht miteinbezogen. Dies betrifft Roma (Gens du Voyage), die in Frankreich befragt wurden und allesamt in Wohnwagen auf Halteplätzen lebten, sowie etwa die Hälfte der in Italien befragten Roma und etwa 10 % der in Griechenland und Portugal befragten Roma.*

*Quelle: Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma, 2011; Regionale Umfrage des UNDP/der Weltbank/der Europäischen Kommission zur Situation der Roma, 2011*

## Wohnraum

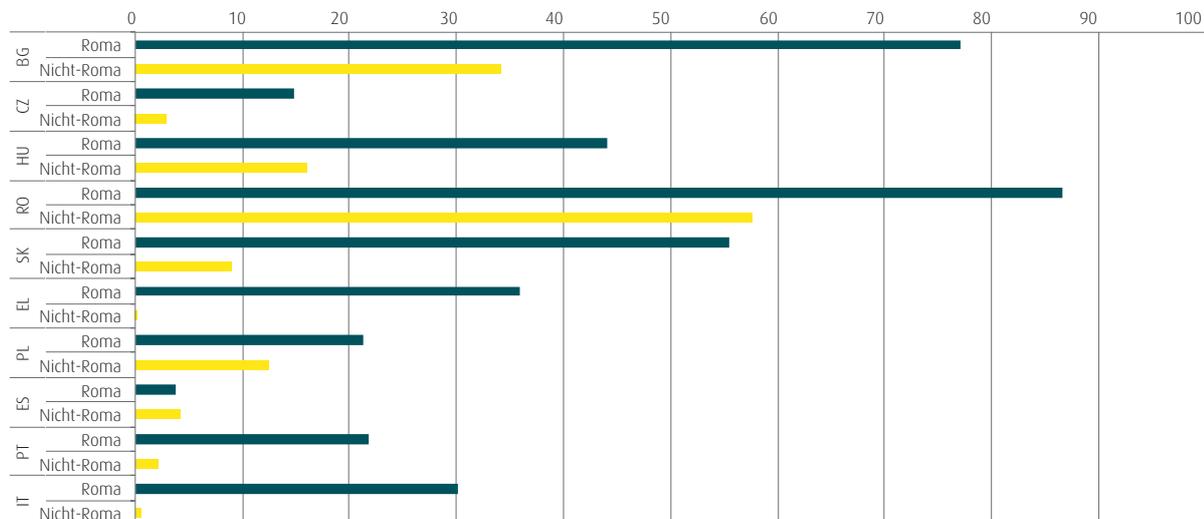
### Verfügbarkeit von Wohnraum

Ein Schlüsselindikator für die Wohnqualität in einem Haushalt ist die Verfügbarkeit von ausreichend persönlichem Wohnraum. Dieser Aspekt wurde sowohl in der Umfrage der FRA als auch in der regionalen Umfrage des UNDP, der Weltbank und der Europäischen Kommission anhand der Zahl der Personen pro Zimmer (ohne Küche, Flur, Badezimmer und vermietete Räume) gemessen.

Die Ergebnisse offenbaren erhebliche Unterschiede zwischen Roma- und Nicht-Roma-Haushalten (siehe Abbildung 12). In allen EU-Mitgliedstaaten teilen sich in Roma-Haushalten durchschnittlich mehr Personen ein Zimmer als in Nicht-Roma-Haushalten. In Nicht-Roma-Haushalten liegt der

Durchschnitt in den meisten Mitgliedstaaten bei einer Person pro Zimmer, mit Ausnahme Polens, wo der Durchschnitt für Roma- und Nicht-Roma-Haushalte bei 1,5 Personen pro Zimmer liegt. Dem gegenüber liegt die durchschnittliche Zahl an Personen pro Zimmer in Roma-Haushalten zwischen 1,5 in Spanien und mehr als 2,5 in Griechenland, Italien, Polen, Rumänien und der Slowakei. In diesen EU-Mitgliedstaaten, dabei vor allem in Griechenland, zeigen sich große Unterschiede zwischen Roma und Nicht-Roma.

Abbildung 13: Personen in Haushalten ohne mindestens eine der folgenden Grundausstattungen: Küche, Toilette, Dusche/Bad im Innenbereich oder Stromversorgung (gepoolte Daten) (%)



Anmerkungen: Roma-Haushalte in mobilen oder Behelfsunterkünften wurden in diese Berechnung nicht miteinbezogen. Dies betrifft Roma (Gens du Voyage), die in Frankreich befragt wurden und allesamt in Wohnwagen auf Halteplätzen lebten, etwa die Hälfte der in Italien befragten Roma und etwa 10 % der in Griechenland und Portugal befragten Roma.

Quelle: Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma, 2011; Regionale Umfrage des UNDP/der Weltbank/der Europäischen Kommission zur Situation der Roma, 2011

## Mangel an Grundausstattungen

Ein weiterer in den Umfragen verwendeter Schlüsselindikator ist das Vorhandensein der vier folgenden Grundausstattungen: Küche, Toilette, Dusche oder Bad jeweils im Innenbereich oder Stromversorgung. Die Ergebnisse zeigen bedeutende Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich des Anteils an Roma und Nicht-Roma in Haushalten, in denen mindestens eine dieser Grundausstattungen fehlt (siehe Abbildung 13). Spanien stellt in dieser Hinsicht eine Ausnahme dar, da die überwältigende Mehrheit der Roma und Nicht-Roma in Haushalten lebt, in denen diese Grundausstattungen vorhanden sind. In der Umfrage wurde nicht nach Qualität oder Alter der in den Haushalten vorhandenen Grundausstattungen unterschieden.

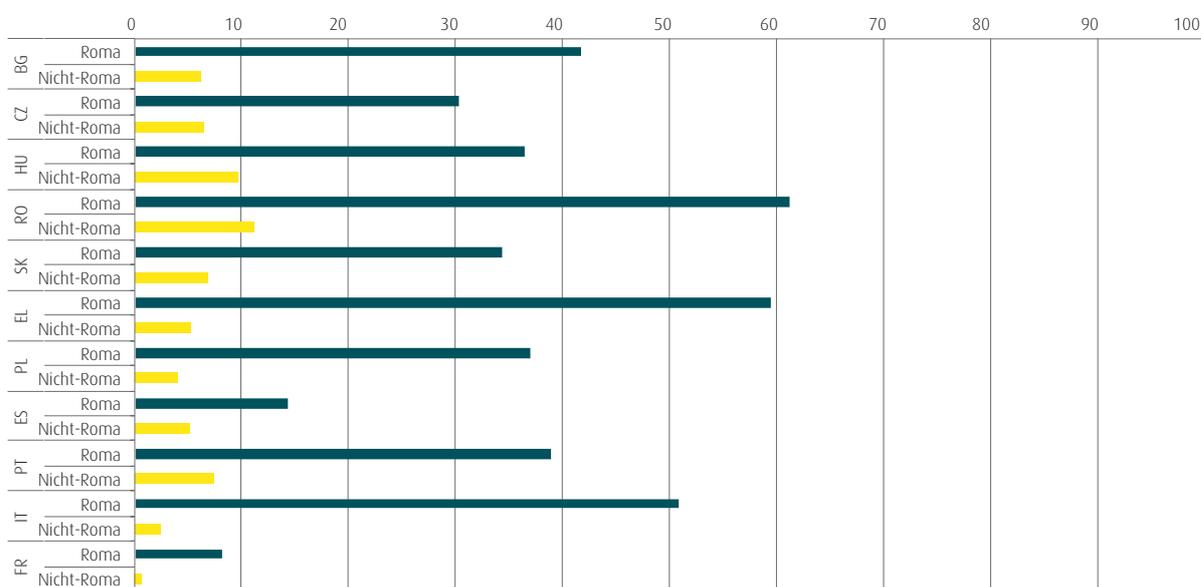
In Bulgarien, Rumänien und der Slowakei hingegen lebt die Mehrheit der befragten Roma in Haushalten, in denen – anders als in den befragten Nicht-Roma-Haushalten – mindestens eine dieser Grundausstattungen fehlte. Zu beachten ist, dass es in Bulgarien und noch mehr in Rumänien in vielen der Nicht-Roma-Haushalte ebenfalls an mindestens einer dieser Grundausstattungen mangelt. Die Unterschiede zwischen Roma- und Nicht-Roma-Haushalten sind in Griechenland und Italien am deutlichsten.

Abbildung 14: Personen in armutsgefährdeten Haushalten (%)



Quelle: Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma, 2011

Abbildung 15: Personen in Haushalten, in denen im letzten Monat mindestens einmal jemand hungrig zu Bett ging (gepoolte Daten) (%)



Quelle: Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma, 2011; Regionale Umfrage des UNDP/der Weltbank/der Europäischen Kommission zur Situation der Roma, 2011

## Armut

Dieser Abschnitt befasst sich vorrangig mit der Einkommensarmut, gemessen im Verhältnis zur Einkommensverteilung in den einzelnen Ländern. Armut oder der Mangel an dem, was für ein Mindestmaß an Lebensqualität unverzichtbar ist, umfasst jedoch mehr als nur monetäre Armut. Es schließt auch den Zugang zu wesentlichen sozialen Ressourcen wie Bildung und medizinische Versorgung ein. Die Situation in den vier bereits beschriebenen Schlüsselbereichen Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Wohnraum ist also essentiell für ein weiter gefasstes Verständnis des Benachteiligungsniveaus der befragten Roma und Nicht-Roma-Haushalte.

### „Armutsgefährdung“

„Armutsgefährdete“ Haushalte sind Haushalte mit einem Äquivalenzeinkommen<sup>33</sup> von unter 60 % des verfügbaren nationalen medianen Äquivalenzeinkommens. Die Ergebnisse der FRA-Pilotumfrage zur Situation der Roma zeigen, dass es – gemessen an dem von den Befragten angegebenen Haushaltseinkommen – in allen erfassten Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede beim Anteil von Roma gegenüber von Nicht-Roma in armutsgefährdeten Haushalten gibt. In allen EU-Mitgliedstaaten sind mindestens acht von zehn der befragten Roma armutsgefährdet, wobei die höchsten Werte in Frankreich, Italien und Portugal ermittelt wurden (siehe Abbildung 14).

Die Unterschiede zwischen Roma und Nicht-Roma sind in Frankreich und Italien besonders stark ausgeprägt, wo der Anteil der Roma in armutsgefährdeten Haushalten jeweils mehr als doppelt so hoch ist wie bei den Nicht-Roma.

Interessant sind bei einer Ergebnisanalyse der regionalen Umfrage des UNDP, der Weltbank und der Europäischen Kommission zur Situation der Roma die Einkommensungleichheiten innerhalb der befragten Roma- und der befragten Nicht-Roma-Population. In der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn beispielsweise sind diese Ungleichheiten gering. In Bulgarien und Rumänien hingegen war das Durchschnittseinkommen der wohlhabendsten 20 % der befragten Roma jeweils zwölf bzw. 13 Mal höher als das Einkommen, das von den ärmsten 20 % der befragten Roma angegeben wurde. Diese Unterschiede sind ein Hinweis auf die komplexe Zusammensetzung der befragten Populationen und unterstreichen die Notwendigkeit eingehenderer qualitativer Untersuchungen, um Art und Bedeutung dieser Differenzen besser zu verstehen.

33 Das Äquivalenzeinkommen ist ein Maß für Haushaltseinkommen, das Unterschiede in Bezug auf Größe und Zusammensetzung der Haushalte berücksichtigt. Weitere Informationen siehe: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics\\_explained/index.php/Glossary:Equivalent\\_income](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Glossary:Equivalent_income).

## Haushalte, die es sich nicht immer leisten konnten, Lebensmittel zu kaufen

Der UNDP-Bericht „Die Abhängigkeitsfalle vermeiden“ (*Avoiding the dependency trap*) aus dem Jahr 2003 machte deutlich, dass viele Roma große Probleme mit Analphabetismus, Säuglingssterblichkeit und Mangelernährung haben. Im Rahmen der Umfragen sollte die Gültigkeit dieser Aussage erneut anhand der Frage überprüft werden, ob der/die Befragte oder sonst jemand in seinem/ihrer Haushalt „im letzten Monat hungrig zu Bett ging, weil nicht genug Geld da war, um Lebensmittel zu kaufen“.

In allen erfassten EU-Mitgliedstaaten gaben Befragte sowohl unter den Roma als auch unter den Nicht-Roma an, im vergangenen Monat mindestens einmal eine Situation erlebt zu haben, in der jemand hungrig zu Bett ging, weil sie es sich nicht leisten konnten, Lebensmittel zu kaufen (siehe Abbildung 15). Mit Ausnahme von Frankreich und Spanien, wo etwa einer von zehn befragten Roma dieses Maß an Entbehrung erlebt, steigt dieser Anteil in den restlichen Mitgliedstaaten deutlich an – von etwa 30 % in der Tschechischen Republik bis auf etwa 60 % in Griechenland und Rumänien. Der prozentuale Anteil der Haushalte, in denen im letzten Monat mindestens einmal jemand hungrig zu Bett ging, ist bei den Roma hoch; bemerkenswerterweise spielt Hunger aber auch in manchen Nicht-Roma-Haushalten eine Rolle.

### Erhebliche materielle Entbehrung

„Erhebliche materielle Entbehrung“ ist einer der Schlüsselindikatoren für Europa 2020. Es handelt sich dabei um einen zusammengesetzten Indikator,<sup>34</sup> der die Wohnsituation und die wirtschaftlichen Entbehrungen umfasst. Gemäß Eurostat umfasst das Konzept der Entbehrung Indikatoren in Bezug auf ökonomische Anspannung, Gebrauchsgüter, Wohnen und Wohnumfeld. Personen, die von erheblicher materieller Entbehrung betroffen sind, leben unter Bedingungen, die durch einen schwerwiegenden Mangel an Ressourcen beeinträchtigt sind, d. h. sie können sich mindestens vier der folgenden Ausgaben nicht leisten:

- Miete und Nebenkosten;
- angemessene Beheizung der Wohnung;
- unerwartete Ausgaben;
- jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder gleichwertige eiweißhaltige Mahlzeiten;
- eine Woche in Urlaub fahren;
- Pkw;
- Waschmaschine;
- Farbfernseher;
- Telefon.

34 Weitere Informationen siehe: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=t2020\\_53&plugin=1](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=t2020_53&plugin=1).

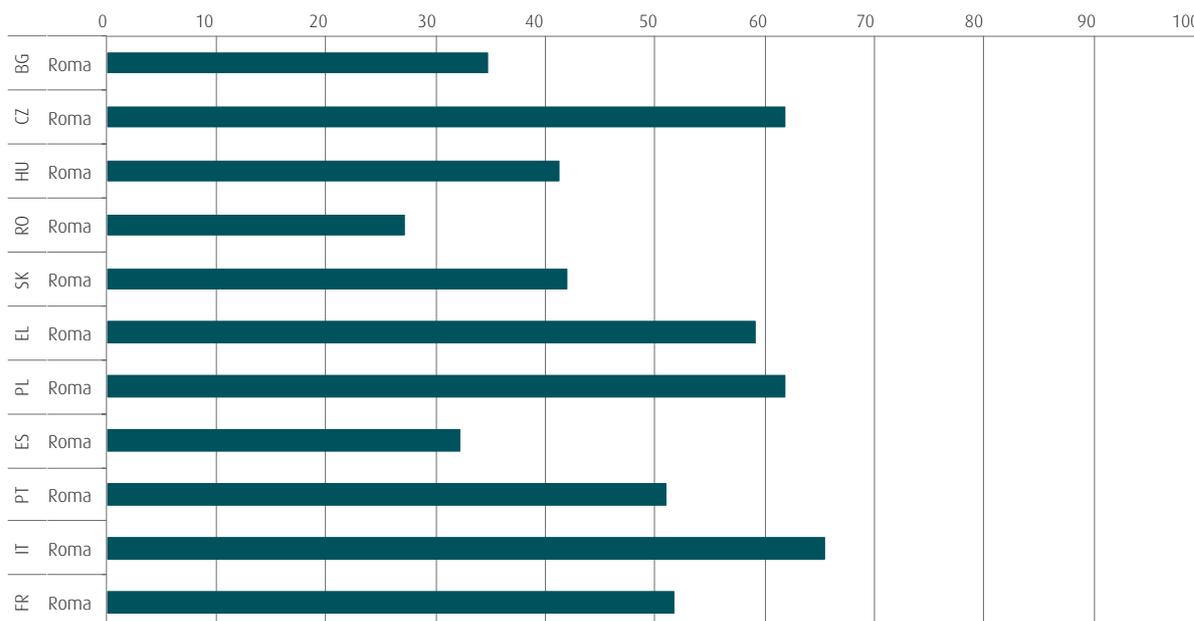
**Abbildung 16: Haushalte mit erheblicher materieller Entbehrung (Daten der regionalen Umfrage des UNDP, der Weltbank und der Europäischen Kommission zur Situation der Roma) (%)**



Quelle: Regionale Umfrage des UNDP/der Weltbank/der Europäischen Kommission zur Situation der Roma 2011

Laut den Daten der regionalen Umfrage des UNDP, der Weltbank und der Europäischen Kommission zur Situation der Roma leben zwischen 70 % und 90 % der befragten Roma unter Bedingungen der erheblichen materiellen Entbehrung. Der Anteil der Nicht-Roma, die unter solchen Bedingungen leben, ist signifikant geringer, mit substantziellen Unterschieden zwischen den EU-Mitgliedstaaten (siehe Abbildung 16).

**Abbildung 17: Befragte Roma ab 16 Jahren, die in den vergangenen zwölf Monaten aufgrund ihres Roma-Hintergrunds Diskriminierung erfahren haben (gepoolte Daten) (%)**



Quelle: Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma, 2011; Regionale Umfrage des UNDP/der Weltbank/der Europäischen Kommission zur Situation der Roma, 2011

## Diskriminierung und Kenntnis der eigenen Rechte

Im Rahmen der Umfrage wurden die Roma nach ihren Erfahrungen mit diskriminierender Behandlung aufgrund ihrer ethnischen Herkunft in den Bereichen Beschäftigung, Wohnen, Gesundheit und Bildung gefragt. Ähnlich wie bereits in der EU-MIDIS-Erhebung, berichteten viele Befragte von Erfahrungen mit Diskriminierung.

### Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft

Ein signifikanter Anteil der befragten Roma in allen erfassten EU-Mitgliedstaaten gab an, in den zwölf Monaten vor der Umfrage diskriminierende Behandlung aufgrund ihrer ethnischen Herkunft erfahren zu haben. Dieser Anteil liegt zwischen über 25 % in Rumänien und etwa 60 % in Griechenland, Italien, Polen und der Tschechischen Republik (siehe Abbildung 17). Übereinstimmend mit den Ergebnissen der EU-MIDIS-Erhebung<sup>35</sup> ist die Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen in Bulgarien und Rumänien im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedstaaten relativ gering.

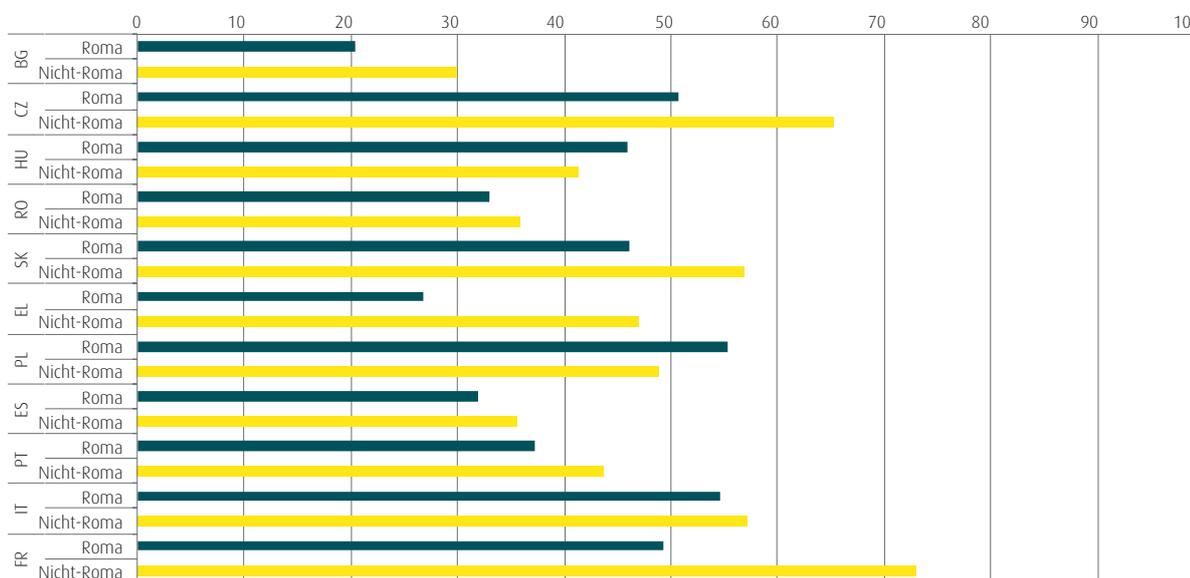
### Kenntnis der Antidiskriminierungsgesetze im Beschäftigungsbereich

Die Umfrageteilnehmer wurden gefragt, ob sie ein Gesetz kennen, das die Diskriminierung von Angehörigen einer ethnischen Minderheit bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz verbietet. Insgesamt sind solche Gesetze einem größeren Anteil an Nicht-Roma bekannt. Dabei offenbaren die Ergebnisse wichtige Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten: Am größten sind die Differenzen zwischen Roma und Nicht-Roma in Bulgarien, Frankreich und Griechenland (siehe Abbildung 18).

In Frankreich, Italien, Polen und der Tschechischen Republik wusste etwa die Hälfte der befragten Roma, dass es Antidiskriminierungsgesetze gibt. Die Mitgliedstaaten, in denen die wenigsten Roma von solchen Gesetzen wussten, waren Bulgarien und Griechenland.

In allen EU-Mitgliedstaaten wussten mehr Roma-Männer als Roma-Frauen, dass es Antidiskriminierungsgesetze gibt; diese Differenz war in Italien und Polen besonders deutlich ausgeprägt.

Abbildung 18: Befragte ab 16 Jahren, die wussten, dass es gesetzlich verboten ist, Angehörige einer ethnischen Minderheit bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz zu diskriminieren (gepoolte Daten) (%)



Quelle: Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma, 2011; Regionale Umfrage des UNDP/der Weltbank/der Europäischen Kommission zur Situation der Roma, 2011

35 FRA (2009), Bericht der Reihe „Daten kurz gefasst“ – Die Roma, Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen, S. 12, abrufbar unter: [http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/EU-MIDIS\\_ROMA\\_DE.pdf](http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/EU-MIDIS_ROMA_DE.pdf).

## Welchen Nutzen können politische Entscheidungsträger aus den Ergebnissen der Umfragen ziehen?

Die Resultate zeichnen ein düsteres Bild von der Lage der befragten Roma. Der Vergleich mit Nicht-Roma, die in unmittelbarer Nähe leben, zeigt signifikante Unterschiede in der sozioökonomischen Situation – wobei auch die Lage der befragten Nicht-Roma oftmals besorgniserregend ist. Damit bestätigen die Umfrageergebnisse, dass „sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene ein intensiver Dialog mit den Roma sowie ein entschlossenes Handeln notwendig“ ist, wie es die EU-Kommission in ihrer Mitteilung zu einem EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma feststellte.<sup>36</sup>

Politische Entscheidungsträger können sich die Erkenntnisse der Umfrage zunutze machen, da sich daraus Hinweise auf einige wesentliche Überlegungen ergeben, die zur Weiterentwicklung, Umsetzung und Beobachtung nationaler Strategien und Aktionspläne für die Integration der Roma beitragen können:

- Wird der Teilnahme von Roma-Kindern an frühkindlicher Bildung Beachtung geschenkt? Konzentrieren sich die Strategien und Aktionspläne ausreichend auf den Übergang von der Primarstufe zur Sekundarstufe? Werden die Schulabschlussquoten der Roma in allen Bildungsbereichen berücksichtigt, insbesondere in Regionen und Gegenden, wo der Bevölkerungsanteil der Roma besonders hoch ist?
- Werden im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit unter den Roma Bildungsniveau und Fähigkeiten bedacht? Werden im Rahmen der Ausbildung diesbezügliche Defizite berücksichtigt?
- Werden jene Wohnraumaspekte berücksichtigt, bei denen die Bedürfnisse der Roma besonders akut sind, wie verfügbarer Platz und Grundausstattung (Küche, Toilette, Dusche/Bad jeweils im Innenbereich und Stromversorgung)?
- Wird der Verbesserung der Gesundheit der Roma Aufmerksamkeit geschenkt und für einen gleichberechtigten Zugang zur Krankenversicherung gesorgt?
- Gibt es einen umfassenden Ansatz zur Bekämpfung der Armut, bei dem die Roma „ausdrücklich, jedoch nicht ausschließlich“, zur Zielgruppe zählen und die Bedürfnisse von Roma und Nicht-Roma berücksichtigt werden?

- Steht die Notwendigkeit zur Bekämpfung von Diskriminierung und Roma-Feindlichkeit sowie zur Verbesserung des gleichberechtigten Zugangs zu Bildung, Beschäftigung, Wohnraum und Gesundheitsleistungen im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses?
- Haben sich das Wissen über Antidiskriminierung, die Sensibilisierung für die Grundrechte sowie Rechtsbehelfsmechanismen soweit durchgesetzt, dass eine Umgebung geschaffen wurde, in der Menschen keine Bedenken haben, diskriminierendes Verhalten und die Verletzung von Grundrechten zu melden?

Um die Kluft zwischen Roma und Nicht-Roma zu schließen, müssen nationale Strategien wirksam umgesetzt werden. Um die Effizienz der Strategien überwachen und die Fortschritte in der Gesellschaft messen zu können, sind zuverlässige Beobachtungsinstrumente zu entwickeln.

Die FRA wird ihre Erhebung zur Halbzeit und zum Ende des Europa-2020-Prozesses wiederholen, um verlässliche, vergleichbare Daten zu liefern, die den Organen und Mitgliedstaaten der EU die Messung der Fortschritte ermöglicht. Während dieses Zeitraums wird die FRA gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und anderen wichtigen Akteuren Beobachtungsmethoden erarbeiten, die eine vergleichende Analyse der Situation der Roma innerhalb der EU gestatten.

<sup>36</sup> Europäische Kommission (2011), *EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020*, KOM(2011) 173 endgültig, Brüssel, S. 1.



## Methodik

### Definition der „Roma“ und Auswahl der Stichprobe

Die Verwendung des Begriffs „Roma“ in amtlichen Dokumenten der EU richtet sich im Allgemeinen nach dem Ansatz des Europarats.<sup>37</sup> Der vom Europarat verwendete Begriff bezieht sich auf „Roma, Sinti und Kale und verwandte Gruppen in Europa, einschließlich Fahrende [Traveller] und orientalische Gruppen (Dom und Lom), und deckt die große Vielfalt der betroffenen Gruppen ab, einschließlich Personen, die sich selbst als ‚Zigeuner‘ bezeichnen“. Der Europarat weist außerdem darauf hin, dass es sich bei dem in Frankreich üblichen Begriff *Gens du Voyage* um einen Verwaltungsbegriff handelt, der seit den 1970er-Jahren zur Bezeichnung von Roma, Sinti/Manouches und Zigeunern/Gitanos sowie anderen Nicht-Roma-Gruppen mit einer nomadischen Lebensform verwendet wird. Dieser Begriff bezieht sich also, im Gegensatz zum Begriff „Roma“, auf französische Staatsbürger und bezeichnet auf offizieller Ebene fälschlicherweise ausschließlich die Roma-Migranten aus Osteuropa. Der Begriff Roma wird im Kontext der Umfragen von FRA und UNDP/Weltbank/Europäischer Kommission daher als Überbegriff in einem politischen Kontext gebraucht, der sich primär mit Fragen der sozialen Ausgrenzung und Diskriminierung befasst und nicht mit spezifischen Fragen der kulturellen Identität. Dies darf jedoch nicht zu der irrigen Annahme führen, dass alle Roma sozial und territorial ausgegrenzt und marginalisiert werden.

Die Schwierigkeiten bei der Definition des Begriffs „Roma“ sind bei der Ermittlung und Auswahl der Befragten in Umfragen zu dieser spezifischen Bevölkerungsgruppe zu berücksichtigen. Um repräsentative Bevölkerungsstichproben zu erhalten, werden für solche Umfragen Zensusdaten und andere offizielle Quellen wie z. B. Bevölkerungsregister genutzt, sofern sie nach ethnischen Gruppen aufgeschlüsselt sind. Solche Hintergrundinformationen zu Bevölkerungsmerkmalen wie Altersstruktur, Geschlecht und geografische Verteilung werden zunächst herangezogen, um über die Kartierung der Orte, an denen Roma leben, eine Auswahlgrundlage zu erstellen; nach Durchführung der Umfrage lässt sich dann anhand der Informationen überprüfen, ob die Stichprobe im Hinblick auf die Merkmale der Zielpopulation repräsentativ ist.

Doch selbst wenn solche nach ethnischen Gruppen aufgeschlüsselte Daten zur Verfügung stehen, ist nicht jeder bereit, staatlichen Behörden gegenüber die eigene ethnische Identität zu offenbaren. Ethnische Minderheitengruppen könnten daher in Volkszählungen unterrepräsentiert sein. Ein Grund dafür ist – vor allem bei sozial ausgegrenzten Minderheiten wie den Roma – ihre jahrhundertlange, von Ausgrenzung, Vorurteilen,

Diskriminierung und Verfolgung durch staatliche Stellen geprägte Geschichte, die zu einem Misstrauen gegenüber Datenerhebungen geführt hat – insbesondere dann, wenn diese von Behörden durchgeführt werden. Vor diesem Hintergrund kann die Identifikation als „Roma“ unerwünschte negative Konnotationen mit sich bringen und dazu führen, dass die Betroffenen befürchten, diese Information könnte zu ihrem Nachteil verwendet werden. Ein weiterer Grund für die Unterrepräsentation von Roma in Volkszählungen sind die fließenden Grenzen des Begriffs „Roma“, der ethnische und nationale Identitäten überschreitet und multiple kulturelle und sozioökonomische Attribute umfassen kann. Auch dies kann Einfluss darauf nehmen, ob sich jemand als „Roma“ identifiziert. Weiter erschwert wird die Auswahl der Stichprobe dadurch, dass trotz überdauernder Stereotype nicht alle in der EU lebenden Roma von den Nicht-Roma getrennt und unter Bedingungen extremer Entbehrung leben.

Dennoch mussten für die FRA-Umfrage sowie für die Umfrage des UNDP, der Weltbank und der Europäischen Kommission, aus denen die Daten für die in diesem Bericht enthaltenen Indikatoren stammen, eine Stichprobe von Roma und in deren Nähe lebenden Nicht-Roma ausgewählt werden, die die Vielfalt dieser Gruppen möglichst genau widerspiegelt, um ihre Situation angemessen zu erfassen. Angesichts des Mangels an nach ethnischen Gruppen aufgeschlüsselten Zensusdaten in einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten wurden für die Umfragen Informationen aus verschiedenen Quellen herangezogen, um eine Bevölkerungsstichprobe der Roma- und Nicht-Roma-Gemeinschaften zu ziehen. Die Stichprobe musste möglichst repräsentativ sein, um zuverlässige Daten über den Status von Roma und benachbarten Nicht-Roma zu liefern, die in den elf EU-Mitgliedstaaten unter ähnlichen sozioökonomischen Bedingungen leben. Die Stichproben wurden in Gebieten ausgewählt, in denen der Bevölkerungsanteil der Roma über dem nationalen Durchschnitt liegt, um eine Stichprobenuntersuchung zu vertretbaren Kosten zu ermöglichen. Die Befragten aus dem Kreis der Nicht-Roma wurden auf der Grundlage der Nähe ihres Wohnorts zu den Roma ausgewählt; ihr lokales Umfeld weist somit ähnliche Merkmale auf. Infolgedessen sind die Ergebnisse repräsentativ für jene Gebiete, in denen die Untersuchungen durchgeführt wurden; zugleich dienen sie als Näherungswert für ausgrenzungsgefährdete Roma. Die Daten beanspruchen demnach nicht, für alle Roma in allen erfassten EU-Mitgliedstaaten repräsentativ zu sein; dennoch liefern die Umfragen Daten, die mit den Prioritäten der EU und ihrer Mitgliedstaaten in Bezug auf die Roma übereinstimmen. Diese Prioritäten kommen in der EU-Rahmenstrategie für nationale Integrationspläne für die Roma zum Ausdruck, haben diese doch das Ziel, „der Ausgrenzung der Roma ein Ende zu setzen.“ Die Ergebnisse liefern ausreichend belastbare und zuverlässige Daten, um Ziele für die Integration der Roma zu setzen und künftige Fortschritte überwachen zu können.

<sup>37</sup> Europarat, *Glossaire terminologique raisonné du Conseil de l'Europe sur les questions roms*. Edition mise à jour, 18. Mai 2012.

Hingegen sind die in diesem Bericht enthaltenen Ergebnisse über die befragten Nicht-Roma nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung in den jeweiligen EU-Mitgliedstaaten. Repräsentativ sind sie nur für die Nicht-Roma in den von den Umfragen erfassten Gebieten. Daher unterscheiden sich die hier vorgelegten Daten von statistischen Daten über die Gesamtbevölkerung.

**Tabelle 1: EU-Mitgliedstaaten und Stichprobengrößen**

Land	Roma		Nicht-Roma	
	Haushalte	Haushaltsmitglieder	Haushalte	Haushaltsmitglieder
BG	1 863	7 748	866	2 183
CZ	1 856	7 465	850	2 330
HU	1 853	8 068	854	2 165
RO	1 857	8 509	850	2 478
SK	1 856	8 870	850	2 788
EL	1 102	5 449	500	1 369
PL	670	2 558	505	1 397
ES	1 115	4 807	502	1 441
PT	1 102	4 502	501	1 453
IT	608	2 670	500	1 210
FR	714	2 377	500	1 210
FR_Mig*	329	1,240		
<b>Gesamt</b>	<b>14 925</b>	<b>64 263</b>	<b>7 278</b>	<b>20 024</b>

Anmerkungen: Zahl der Haushalte und Haushaltsmitglieder der Roma- und Nicht-Roma-Stichprobe nach Ländern – FRA und UNDP/Weltbank/Europäische Kommission kombiniert (schattiert)

\*In Frankreich wurden für die Umfrage der FRA nicht nur Gens du Voyage, sondern gezielt auch Roma befragt, die EU-Bürger (zumeist aus Rumänien) sind und in Lagern in Paris und Umgebung leben. Die Ergebnisse dieser Interviews werden zu einem späteren Zeitpunkt in einem gesonderten Bericht vorgelegt.

Quelle: Pilotumfrage der FRA zur Situation der Roma 2011, Regionale Umfrage des UNDP/der Weltbank/der Europäischen Kommission zur Situation der Roma 2011

### Demografisches Profil der Stichproben

Die Altersstruktur der Stichproben zeigt deutliche Unterschiede zwischen Roma und Nicht-Roma: In allen Mitgliedstaaten war die befragte Roma-Population insgesamt jünger und umfasste weniger ältere Personen – ein Hinweis auf höhere Geburtenraten, möglicherweise aber auch auf eine geringere Lebenserwartung bei der Geburt. Die Altersstruktur könnte auch durch Migration oder Umzug in andere Gebiete beeinflusst sein.

Das Geburtsland im Vergleich zum Land des derzeitigen Wohnorts einer Person wird im Allgemeinen als Indikator für den Migrationshintergrund herangezogen. In Bulgarien, Polen, Rumänien, der Slowakei und Ungarn waren fast alle an der Umfrage beteiligten Roma und Nicht-Roma im Land ihres Wohnsitzes geboren. In der Tschechischen Republik

war eine höhere Zahl an Roma und Nicht-Roma nicht im Land ihres Wohnsitzes geboren; möglicherweise hängt dies mit der Teilung der Tschechoslowakei im Jahr 1993 zusammen. Auch in Frankreich, Griechenland, Portugal und Spanien waren fast alle an der Umfrage teilnehmenden Roma im jeweiligen EU-Mitgliedstaat geboren, während der prozentuale Anteil der andernorts geborenen Nicht-Roma höher lag. Eine mögliche Erklärung hierfür könnte sein, dass in diesen Mitgliedstaaten die Gebiete, in denen Roma leben, aufgrund der niedrigen Wohnkosten und/oder aufgrund von Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnungssuche in anderen Gebieten auch Personen mit Migrationshintergrund anziehen. In Italien war etwa jeder dritte Roma aus einem von der Umfrage erfassten Haushalt in einem anderen Land geboren, und zwei von fünf Roma besaßen keine italienische Staatsbürgerschaft.

Mindestens zwei von drei befragten Roma-Haushalten in Griechenland, Polen, Portugal, Spanien und der Tschechischen Republik lebten in städtischen Gebieten. Zwischen zwei und drei von vier befragten Roma-Haushalten in Bulgarien, Rumänien, der Slowakei und Ungarn lebten hingegen in ländlichen Gebieten. In Italien lebte die Hälfte der befragten Roma-Haushalte in städtischen Gebieten, die andere Hälfte auf Lagerplätzen. In Griechenland lebte einer von drei Roma-Haushalten auf Lagerplätzen, während die Gens du Voyage in Frankreich nur auf vorübergehenden Halteplätzen befragt wurden.

### Stichprobenziehung

Für die Durchführung der Feldarbeit der FRA-Umfrage wurde GALLUP Europe beauftragt, für die Umfrage der UNDP/Weltbank/Europäischen Kommission IPSOS Strategic Marketing. Die Feldarbeit wurde unter Aufsicht von spezialisierten Mitarbeitern durchgeführt, die auch an den Schulungen der Interviewer teilnahmen und die Feldarbeit beobachteten. Beide Unternehmen zogen dieselbe Auswahlgrundlage heran, die alle Gebiete einschloss, in denen Roma in einer höheren Konzentration als im nationalen Durchschnitt lebten. Die Auswahl spiegelte auch die Verteilung der Roma-Bevölkerung nach ländlichen/städtischen Gebieten wider. Die Haushalte wurden auf der Basis einer Zufallsauswahl ermittelt. Dabei wurde bei der Zuweisung der primären Stichprobeneinheiten sichergestellt, dass kein Haushalt zwei Mal besucht wurde. Um auch Roma in eher gemischten Gebieten zu erreichen, die durch die Zufallsauswahl mit ihrer gleich hohen Auswahlwahrscheinlichkeit nicht erreicht worden wären, wurde in der Umfrage der FRA darüber hinaus die Methode der gezielten Auflistung verwendet, wobei in jedem Land bis zu 20 % der Befragten anhand dieser Methode ermittelt wurden.

Beide Umfragen zogen eine Kombination von externer und Selbstidentifikation zur Auswahl der Stichprobe heran, und sowohl die FRA als auch UNDP/Weltbank/Europäische Kommission wählten nach dem Zufallsprinzip Haushalte zur Befragung aus. Die Interviews setzten sich aus drei

gesonderten thematischen Komponenten zusammen: In jedem Haushalt wurde der Haushaltsvorstand vor allem zum allgemeinen Status des Haushalts und zum Profil seiner Mitglieder befragt; die wichtigste Betreuungsperson beantwortete Fragen zu den Vorschulerfahrungen der Kinder unter sechs Jahren; und eine nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Person ab 16 Jahren beantwortete detailliertere Fragen zur Gesundheitssituation der einzelnen Haushaltsmitglieder sowie im Modul „Wahrnehmungen und Werte“ Fragen zu dem Haushalt als Ganzes und zu seiner/ihrer individuellen Lage und Erfahrungen.

Darüber hinaus wurden in der Nachbarschaft der Roma lebende Nicht-Roma-Haushalte mit derselben sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur befragt, um einen Vergleich ausgewählter Ergebnisse zu ermöglichen. Die Ergebnisse der Umfragen sind für die befragten Gruppen und für die in die Auswahlgrundlage einbezogenen Gebiete repräsentativ. Der Datensatz ist vollkommen anonym, kein Befragter kann identifiziert werden.

## Fragebogen

FRA und UNDP/Weltbank/Europäische Kommission haben für ihre Fragebögen eine gemeinsame Reihe von Kernfragen entwickelt. In der regionalen Umfrage von UNDP/Weltbank/Europäischer Kommission zur Situation der Roma wurden in allen Ländern dieselben Fragebögen zur Befragung von Roma und Nicht-Roma gebracht. Die Pilotumfrage der FRA hingegen verwendete für die Nicht-Roma-Haushalte eine kürzere Version des Fragebogens. In Frankreich wurden Roma-EU-Bürger aus Rumänien zusätzliche Fragen zu ihren Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Umzug in einen anderen EU-Mitgliedstaat gestellt – diese Ergebnisse werden zu einem späteren Zeitpunkt in einem gesonderten Bericht vorgestellt werden.

## Pilotländer

In Frankreich, Italien, Portugal und Spanien<sup>38</sup> war bislang noch keine groß angelegte vergleichende quantitative Erhebung zur sozioökonomischen Lage der Roma durchgeführt worden. Insofern kann die Umfrage der FRA als Pilotstudie zur Entwicklung praktikabler Umfragemethoden und -instrumente dienen. Während in Portugal und Spanien ausreichend Daten für eine angemessene Auswahlgrundlage vorhanden waren, erwies sich die Lage in Frankreich und Italien als schwieriger. In Frankreich wurde für die *Gens du Voyage* eine auf Halteplätze gestützte Auswahlgrundlage verwendet. In Italien wurde angesichts des Mangels an relevanten Bevölkerungsdaten eine gut dokumentierte Gelegenheitsstichprobe zusammengestellt, die zeigte, dass zugewanderte und inländische Roma

in denselben Gebieten lebten. In Griechenland wurden die in Thrakien befragten Roma, die sich als „Muslime“ bezeichneten, auf der Grundlage von Informationen der lokalen Behörden und von Nichtregierungsorganisationen in die Roma-Stichprobe aufgenommen.

## Roma aus Rumänien, die EU-Bürger sind und in Paris und Umgebung leben

In Frankreich wurden für die Umfrage der FRA nicht nur *Gens du Voyage* befragt, sondern gezielt auch Roma mit Unionsbürgerschaft, zumeist aus Rumänien, die in Lagern in Paris und Umgebung leben. Nach dem Zufallsprinzip wurden 329 von ihnen ausgewählt. Die Ergebnisse dieser Interviews werden zu einem späteren Zeitpunkt in einem gesonderten Bericht vorgestellt werden.

## Pooling von Daten aus zwei Umfragen: Vorteile und Einschränkungen

Die beiden Umfragen wurden miteinander koordiniert und beruhen auf einem ähnlichen Ansatz, was Stichprobendesign, Schulung der Interviewer und Anwendung einer Reihe gemeinsamer Kernfragen angeht. Es handelt sich dabei um die erste derart umfangreiche Datenerhebung in einer internationalen, agenturübergreifenden Zusammenarbeit. Die angewandten Methoden waren ausreichend ähnlich, um die Datensätze der fünf an beiden Umfragen beteiligten EU-Mitgliedstaaten (Bulgarien, Rumänien, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn) für einige Indikatoren zusammenzuführen. Mit diesem *Pooling* von Daten, das Informationen aus einer größeren Stichprobe erbringt, wurde Neuland betreten und es bedurfte verschiedener Maßnahmen, um Probleme hinsichtlich möglicher Fehler und Verzerrungen zu lösen. Eine systematische Bewertung der Datenqualität zeigte, dass die Ergebnisse der beiden Umfragen trotz kleiner Unterschiede bei bestimmten Fragen und Indikatoren in dieselbe Richtung weisen. In einigen Fällen, in denen sich die Fragen unterscheiden, stützen sich die hier vorgestellten Indikatoren auf den Datensatz der FRA-Umfrage, der elf EU-Mitgliedstaaten umfasst – d. h. Bulgarien, Frankreich, Griechenland, Italien, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Spanien, Tschechische Republik und Ungarn. Für bestimmte sozioökonomische Aspekte, die für die Darstellung der Situation wichtig sind und nicht Teil der FRA-Umfrage waren, wurden die Indikatoren und Umfragedaten der UNDP/Weltbank/Europäischen Kommission für die fünf erfassten EU-Mitgliedstaaten verwendet.

Die technischen Berichte zu den beiden Umfragen, die zu gegebener Zeit vorgelegt werden, enthalten detaillierte Informationen und Beschreibungen der angewandten Methoden.

38 Die *Fundación Secretariado Gitano* koordinierte 2007 eine Erhebung zum Thema „Gesundheit und die Roma-Gemeinschaft“, in die Bulgarien, Griechenland, Portugal, Rumänien, die Slowakei, Spanien und die Tschechische Republik einbezogen waren. Der Bericht ist abrufbar unter: <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=4309&langId=en>.



Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA)  
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

### **Die Situation der Roma in elf EU-Mitgliedstaaten**

Umfrageergebnisse auf einen Blick

2013 — 31 S. — 29,7 x 21 cm

ISBN 978-92-95095-46-4 (UNDP)

ISBN 978-92-9192-930-6 (FRA)

doi: 10.2811/75504

Zahlreiche Informationen über die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte finden Sie im Internet ([fra.europa.eu](http://fra.europa.eu)).

Weitere Informationen über das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Europa und die GUS sind abrufbar unter: [europeandcis.undp.org](http://europeandcis.undp.org).

## **WO ERHALTE ICH EU-VERÖFFENTLICHUNGEN?**

### **Kostenlose Veröffentlichungen:**

- Einzelexemplar:  
über EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- mehrere Exemplare/Poster/Karten:  
bei den Vertretungen der Europäischen Union ([http://ec.europa.eu/represent\\_de.htm](http://ec.europa.eu/represent_de.htm)),  
bei den Delegationen in Ländern außerhalb der Europäischen Union ([http://eeas.europa.eu/delegations/index\\_de.htm](http://eeas.europa.eu/delegations/index_de.htm)),  
über den Dienst Europe Direct ([http://europa.eu/europedirect/index\\_de.htm](http://europa.eu/europedirect/index_de.htm)) oder unter der gebührenfreien  
Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 (\*).

(\* ) Sie erhalten die bereitgestellten Informationen kostenlos, und in den meisten Fällen entstehen auch keine Gesprächsgebühren (außer bei bestimmten Telefonanbietern sowie für Gespräche aus Telefonzellen oder Hotels).

### **Kostenpflichtige Veröffentlichungen:**

- über EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>).

### **Kostenpflichtige Abonnements:**

- über eine Vertriebsstelle des Amtes für Veröffentlichungen der Europäischen Union ([http://publications.europa.eu/others/agents/index\\_de.htm](http://publications.europa.eu/others/agents/index_de.htm)).



Die Roma – mit 10 bis 12 Millionen Menschen die größte Minderheit in Europa – werden nach wie vor Opfer von Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung. Ihre Rechte, die durch EU-Rechtsvorschriften wie die Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse geschützt werden, sind den Roma nicht ausreichend bekannt. Dieser Bericht legt die ersten Ergebnisse der Pilotumfrage der FRA und der regionalen Umfrage der UNDP, der Weltbank und der Europäischen Kommission zur Situation der Roma aus dem Jahr 2011 vor. Die Ergebnisse sind in vielerlei Hinsicht schockierend: Von den für diesen Bericht befragten Roma ist jede/jeder dritte arbeitslos, 20 % haben keine Krankenversicherung und 90 % leben unterhalb der nationalen Armutsgrenze. Obwohl den Regierungen und den Gesellschaften die Ausgrenzung und Entbehrungen der Roma bekannt sind, sind Ausmaß und Ähnlichkeit der Ausgrenzungsmuster in allen EU-Mitgliedstaaten eklatant und lassen keine Zweifel daran, dass rasche und wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Situation nötig sind.

Dieser Bericht ist nur ein erster Schritt, den gravierenden Mangel an Daten zur sozioökonomischen Lage der Roma in der EU zu beheben und die Rechte der Roma zu realisieren. Die gewonnenen Fakten belegen, dass die Art der Probleme, mit denen viele Roma in der EU konfrontiert sind, politische Maßnahmen erfordert, deren Ausgangspunkt die Rechte der Roma sind – Entwicklungsbemühungen für die Roma müssen an diesem Punkt ansetzen. Die politischen Maßnahmen müssen die sozioökonomischen Barrieren beseitigen und sicherstellen, dass die Grundrechte der Roma geachtet werden.



Amt für Veröffentlichungen

#### FRA – AGENTUR DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR GRUNDRECHTE

Schwarzenbergplatz 11 – 1040 Wien – Österreich

Tel.: +43 158030-0 – Fax: +43 158030-699

fra.europa.eu – info@fra.europa.eu

#### UNDP, EUROPA UND GUS

Regionalzentrum Bratislava

Grosslingova 35 – 81109 Bratislava – Slowakische Republik

Tel. +421 259337-111 – Fax +421 259337-450

europeandcis.undp.org

ISBN 978-92-95095-46-4  
ISBN 978-92-9192-930-6



9 789291 929306